MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1923

349 (1.8.1923) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-212172

Verkaufspreis M. 4000.—

Mittwoch, 1. August | Mittag-Ausgabe | 1923 — Nr. 349

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus und durch die Post ohne Bestellgeld monatlich Mark 130000.— halbmonatlich Mark 65000.— Nachforderung vorbehalten. Postscheckkonto Nr. 17590 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim, E 6, 2. — Geschäfts-Nebenstelle Neckarstadt, Waldhofstraße Nr. 6. Fernsprecher Nummer 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. — Erscheint wöchentlich zwölfmal

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung Grundpreis je Zeile Mk. 10000.—, Reklamen Mk. 40000.—. Alles andere laut Tarif. Annahmeschluß: Mittagblatt vormittags 9½ Uhr, Abendblatt nachmittags 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgab. wird keine Verantwort. übern. Höh. Gewalt, Streiks, Betriebsstörung. usw. berechtig. zu keinen Ersatzanspr. für ausgefall. od. beschränkt. Ausgab. od. f. versp. Aufnahm. v. Anzeig. Auftr. d. Fernspr. oh. Gewähr. Gerichtsst. Mannheim

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Gesetz und Recht — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

England vor neuen Entscheidungen

Die außenpolitische Lage

bietet ein höchst trostloses Bild. Die Blättermeldungen aus London spiegeln übereinstimmend schärfsten Pessimismus wider. Obwohl der Wortlaut der französischen und belgischen Antwortnoten noch immer nicht veröffentlicht ist, kann kein Zweifel mehr über den ablehnenden Charakter des französischen Schriftstückes bestehen. Poincarés Antwort soll zwar im Tone äußerst konziliant sein, in der Sache lehnt sie alle englischen Vorschläge glatt ab. Die Nachrichten über den Inhalt der belgischen Antwort lauten weniger bestimmt, es scheint aber, daß gewisse positive Vorschläge in ihr enthalten sind, mit dem Zweck, eine Fortsetzung der Aussprache zwischen den Alliierten möglich zu machen.

Die Lage ist also gegenwärtig so, daß man sich in London nunmehr vor die Alternative gestellt sieht, entweder kurzerhand abzubrechen oder aber sich von Poincare monatelang hinziehen zu lassen. In den Pariser Kommentaren kommt die Befriedigung unverhüllt darüber, daß es durch die geschickte Abfassung der französischen Antwort Poincare gelungen sei England die Entscheidung und damit auch die Verantwortung zuzuschieben, falls es zu einem Bruch kommen sollte, zum Ausdruck. In Berliner politischen Kreisen bezweifelt man zunächst, daß Baldwin sich entschließen wird, diese letzte Konsequenz seiner Politik zu ziehen. Hier betrachtet man jede Aussicht auf eine gemeinsame Antwort an Deutschland als vorläufig geschwunden.

Der „Manchester Guardian" meldet, die französische Note sei, wie es scheine, noch engherziger, als erwartet worden sei, wenn auch der Ton Poincares verbindlicher sei als früher. Belgien scheine im letzten Augenblick dem französischen Druck in allen wichtigen Punkten nachgegeben zu haben. Italien habe nicht geantwortet und scheine dem britischen Standpunkt nur bedingt Unterstützung zu gewähren, die mit der Frage der Schulden der Verbündeten im Zusammenhang stehe. Im ganzen könne man sagen, daß die Möglichkeit einer Vereinbarung entfernter sei, als angenommen wurde.

Die Verhandlungen in London

Lord Curzon erstattete gestern in einem Kabinettrat Bericht über die Antworten Belgiens und Frankreichs. Er ging dabei auch auf die Besprechungen ein, die er tags zuvor im Auswärtigen Amte mit den Botschaftern hatte. Man ist in London nach wie vor pessimistisch und glaubt nicht an eine rasche Entspannung der Lage.

Im Unterhaus gab Baldwin gestern in Beantwortung einer Anfrage das Versprechen ab, daß das Parlament, wenn es nötig sei, während der Ferien zusammenberufen würde, um die Weiterentwicklung der Dinge zu prüfen. Baldwin fügte hinzu, er wäre ernstlich bestrebt, das Eintreten einer solchen Notwendigkeit zu verhüten.

Das Kabinett wird noch einmal zusammentreten, um endgültig darüber zu entscheiden, welche Haltung England angesichts der Stellung Frankreichs einnehmen wird.

Meinungen des „Temps"

Der „Temps" schreibt in einem Leitartikel zur Lage: Die Gegner Frankreichs und Englands wünschten, daß England sich mit Frankreich überwerfe, oder wenigstens, daß es die Franzosen durch die Drohung mit einer derartigen Entzweiung einschüchtere. Dementsprechend wolle man glauben machen, daß England vor dem Dilemma stehe, entweder ergebnislos mit Poincare zu verhandeln, oder unverzüglich mit ihm zu brechen. Das Schicksal der interalliierten Verhandlungen hänge in Wirklichkeit von einer ganz anderen Entscheidung ab. Als das wichtigste diplomatische Ereignis der Stunde erscheint dem „Temps" der Druck, der nach ihm deutscherseits im Interesse der Erhaltung des Kabinetts Cuno auf England ausgeübt wird. Es handle sich darum, ob England hier nachgeben werde oder nicht. Gebe es nach, würden die interalliierten Verhandlungen schwierig werden, leiste es Widerstand, könnten die Gläubiger Deutschlands sich untereinander verständigen. In seinen Beziehungen zum Ausland müßte die Politik Deutschlands nach dem „Temps" zunächst darauf abzielen, praktische Zahlungsmittel ausfindig zu machen. Im Französischen seien die Worte „Zahlung" und „Befreiung" gleichbedeutend.

Italien zu den Vorschlägen von Keynes

Wie der römische Korrespondent der „Frankfurter Ztg." drahtet, stellt „Popolo d'Italia" fest, daß Keynes Vorschläge wesentlich mit Mussolinis Londoner Memorandum übereinstimmen, ganz besonders in der Fixierung der Reparationen auf 50 Milliarden und Streichung der interalliierten Schulden. Wäre der Plan Mussolinis schon vor 7 Monaten angenommen worden, so hätte sich Europa viel Unruhe ersparen können. Der auswärtige Ausschuß der Populariparte fordert, Italien solle keine schwankende Haltung zwischen England und Frankreich einnehmen, sondern Englands Bemühungen um eine Lösung mit der allmählichen aber sicheren Räumung der Ruhr unterstützen; denn Italiens Interessen fallen mit den europäischen zusammen, daß Deutschland nicht dem Bolschewismus anheimfalle, sondern in den Stand gesetzt werde, Reparationen zu zahlen.

Die innerpolitische Lage

Neue Finanzmaßnahmen der Regierung

⊡ **Berlin**, 1. August. (Von uns. Berliner Büro.) Die Reichsregierung benutzt die ihr bis zum Zusammentritt des Reichstags am kommenden Mittwoch noch verbleibende Frist, um sich für den parlamentarischen Kampf zu rüsten. Die Beratungen über neue steuerliche Notmaßnahmen sind noch nicht zum Abschluß gelangt und es verlautet, daß das Kabinett gestern die in den Vorschlägen des Finanzministers geforderte 5prozentige Besteuerung der Ausfuhr abgelehnt hat. In Regierungskreisen hofft man, daß die Annahme der Steuergesetzentwürfe sowie die neue Goldanleihe binnen kurzer Frist den Rückfluß erheblicher Massen von Papiergeld an die Reichskassen zur Folge haben wird, so daß dann in den nächsten Wochen die Kosten der Ruhrabwehr so gut wie restlos aus den Steuereingängen bestritten werden können. Die weitere Wirkung würde sein die Vermeidung neuer Papiergeldemissionen in den nächsten Wochen.

Das Kabinett Cuno wird sich diesmal im Reichstag einer scharfen Kritik ausgesetzt sehen und zwar nicht nur von den Sozialdemokraten. Man ist allgemein der Ansicht, daß der Regierung eine frische Blutzufuhr nottut, indessen will man alles vermeiden, was dem Kabinett nach außen hin irgendwie Schwierigkeiten bereiten könnte. Aus diesem Grunde herrscht bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein die Auffassung, daß eine Erörterung über eine Umbildung des Kabinetts nicht vorgenommen werden darf, bevor nicht die englische Antwort auf die letzten deutschen Vorschläge in Berlin eingegangen ist. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß die englische Antwort vielleicht schon zu Beginn der nächsten Woche hier eintrifft, so daß dann der Reichstag sich am Tage seines Zusammentritts einer in außenpolitischer Beziehung vielleicht etwas geklärteren Lage gegenübergestellt befände.

Die Parteiführerbesprechungen

in der Reichskanzlei nehmen mit dem heutigen Tag wieder ihren Anfang. Die vom Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Unterredung mit Cuno beauftragten Vertreter werden heute vom Kanzler empfangen werden. Zur Erörterung steht die allgemeine innen- wie außenpolitische Lage.

In der Reichstagssitzung vom 8. August

stehen folgende Gegenstände auf der Tagesordnung:

1. Erste Beratung eines Gesetzentwurfes über die Erhebung eines Opfers für Rhein und Ruhr.
2. Erste Beratung des Entwurfes eines Steuerzinsgesetzes.

Nach dem „Vorwärts" wird in dieser Sitzung voraussichtlich nicht nur der Reichsfinanzminister Dr. Hermes die neuen Steuervorlagen begründen, sondern wahrscheinlich wird auch der Reichskanzler selbst das Wort ergreifen, um die Auffassung der Reichsregierung über die allgemeine innere und außenpolitische Lage darzulegen.

*

* **Breslau**, 1. Aug. Auf Grund der gestern in einzelnen Streikbüros vorgenommenen Urabstimmung der ausständischen Metallarbeiter wurde lt. Breslauer Zeitung beschlossen, die von den Arbeitgebern noch ben am Samstag zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber abgehaltenen Versammlung gemachten neuen Vergleichsvorschlägen anzunehmen. Die Arbeit soll spätestens am Donnerstag wieder aufgenommen werden.

Die Lage in der Pfalz

Die Oberpostdirektion in Speyer ist auf Veranlassung des pfälzischen Vertreters der Rheinlandkommission geschlossen worden. Gleichzeitig wurden 7 obere Postbeamte ausgewiesen. Die Maßnahme wird damit begründet, daß die Direktion auf von Heidelberg kommende Anweisung hin sich geweigert habe, Telegramme der alliierten Behörden abzufertigen.

Der Betrieb des Landauer Post- und Telegraphenamts ist am Montag von den Franzosen gesperrt worden. Als Grund für diese Maßregelung ist angegeben worden, daß das Amt verbotene Zeitungen und Zeitschriften befördert und Befehle der Besatzungsbehörden nicht ausgeführt habe. Dem Vernehmen nach soll die Sperre 8 Tage dauern.

Ausgewiesen wurden am 30. Juli 1923 zwei ledige Eisenbahnbeamte. — Gleichwie am 14. Juli in Bad Dürkheim, hat die französisch-belgische Eisenbahn-Regie am 24. Juli auch in Grünstadt eine Versammlung der Industriellen sowie der Handel- und Gewerbetreibenden abgehalten, um letztere zur Benutzung der Eisenbahn zu veranlassen. Die meisten Teilnehmer verhielten sich den Wünschen der Regie gegenüber ablehnend, trotz der Drohungen mit Paßentziehung und dergl. Weitere derartige Versammlungen scheinen geplant zu sein.

Wie die Franzosen deutsche Gefangene behandeln!

Ihre „Kultur"

⊡ **Berlin**, 1. August. (Von unserm Berliner Büro.) Aus den Gefängnissen der Pfalz und des Rheinlandes gehen der „D. A. Z." Nachrichten zu, über neuerliche empörende Behandlung der deutschen politischen Gefangenen in französischer Untersuchungshaft. So wurde vor kurzem ein Untersuchungsgefangener, ein deutscher Beamter, der eine Zigarette geraucht hatte, zu 8 Tagen Haft in einer Dunkelzelle bei Wasser und Brot bestraft. Zwei andere deutsche Beamten waren in einer Zelle unmittelbar unter dem Dach untergebracht, in einem Raume, in dem der Aufenthalt bei der schwülen Sommerhitze der letzten Wochen unsägliche Qualen bereitete. Als die Beamten versuchten, den Fensterrahmen zu erweitern, um sich etwas mehr Luft zu verschaffen, wurden sie wegen Fluchtverdachts zu je 30 Tagen Einsperrung in Dunkelzellen bei Wasser und Brot verurteilt. Ein anderer Beamter gibt an, daß er während seines Verhörs an beiden Händen und außerdem noch an einzelnen Fingern gefesselt war. Wenn seine Aussagen den Erwartungen der Vernehmenden nicht entsprachen, wurde an seinen Ketten gezerrt. Er wurde mit Faustschlägen bedacht und schließlich regelrecht durchgepeitscht und in eine Dunkelzelle geworfen. Die kürzeste Dauer der Vernehmungsfolterung hatte bei einem Beamten 3, die längste bei einem anderen 10 Stunden betragen.

Die „D. A. Z." verpflichtet sich, die einzelnen Fälle unter Angabe von Namen und Zeugen bestätigen zu lassen. Das Blatt teilt mit, daß die Beamtenschaft durch diese Vorfälle lebhaft beunruhigt werde und von den Reichsbehörden verlange, daß sie dem französischen Vorgehen mit allen Mitteln der Diplomatie zu begegnen suche.

---

* **Der bayerische Staatshaushalt für 1923** weist einen Fehlbetrag von 290 Milliarden Mark auf.

*

Stettin, 31. Juli. Heute mittag lief auf der Vulkanwerft der Doppelschraubendampfer „Stuttgart" glücklich von Stapel. Zu der Feier war der Oberbürgermeister von Stuttgart, Lautenschlager, erschienen, der die Taufrede hielt.

Deutschland und Preußen

Von Geh. Reg.-Rat **Dr. R. Quaatz**, M. d. R.

Die politische Lage in Deutschland wird durch den Dualismus zwischen Preußen und dem Reich beherrscht. Es ist deutsches Schicksal, daß Kraft und Einheit des deutschen Volkes fast in jeder Epoche seiner Geschichte durch solche Dualismen gehemmt und beeinträchtigt waren. Friedrich Rotbart und Heinrich der Löwe symbolisieren den Gegensatz zwischen dem oberdeutschen Drang nach dem Süden, dem auf historisch-religiöser Grundlage entstandenen romantischen Zug nach Italien und dem ganz realpolitischen Drang der niedersächsischen Kolonisatoren nach dem Osten. Fast in jedem Zeitalter kristallisieren sich die auseinanderstrebenden Tendenzen um derartig große Zentralpunkte. Der Gegensatz zwischen dem deutschfremd gewordenen Kaisertum der Habsburger und der aufstrebenden brandenburgischen Territorialmacht beherrscht dann unsere Neuzeit. Bismarcks starke Hand vermochte diese Antinomie durch die Kämpfe von 1864, 1866 und 1870 aufzulösen, nicht ohne schmerzliche Opfer für das deutsche Volkstum, von denen neue wertvolle Außenposten abgesplittert wurden.

Heute ist das Deutsche Reich nur noch ein Rumpfgebilde. Mehr als ein Drittel des deutschen Volkes lebt außerhalb seiner staatlichen Heimat. Um so stärker in sich geschlossen und in sich gefestigt sollte und müßte dieser Heimatstaat sein. Das ist nicht der Fall. Nach dem Niederbruch des Jahres 1918 hielt es das von beutegierigen Feinden umlauerte Deutschland für nötig, sein innerpolitisches Leben ganz neu aufzubauen. Man riß das Alte nieder bis auf die Grundmauern, ja man zerstörte sogar die wertvollsten Fundamente des alten Staatsgebäudes. Neue schöpferische Ideen, neue konstruktive Gedanken aber fehlten. So entstand ein Neubau, unschön in den Formen und schwach in der inneren Konstruktion. Bismarcks Staatsweisheit hatte es verstanden, die auseinanderstrebenden Eigenarten der deutschen Staaten zu bändigen und zu geschlossener Einheit zusammenzufassen, ohne sie zu vergewaltigen. Das wichtigste Problem war die Einordnung der preußischen straff organisierten Macht in das neue Deutsche Reich. Das gelang in nahezu vollkommener Weise, so sehr auch Theoretiker und Dogmatiker es bemängelt haben, daß dieser aus den innersten Bedürfnissen deutschen Wesens herausgestaltete Organismus sich in die überkommenen Kategorien der staatsrechtlichen Theorie nur schwer einfügen ließ. Vielleicht systemlos, war er doch lebens- und kraftvoll.

Die Weimarer Verfassung löste die Verklammerung zwischen Preußen und Deutschland. Und heute erleben wir das unglückselige Schauspiel eines neuen Dualismus. Wir haben in Deutschland eine Reichspolitik und eine preußische Politik. Die Reichspolitik trägt die schicksalsvolle Verantwortung vor dem eigenen wie vor den fremden Völkern, vor der Geschichte in der Gegenwart und in der Zukunft. Die preußische Politik, von dieser Verantwortung frei oder doch nur gering belastet, hat die wirklichen staatlichen Machtmittel in der Hand und macht von ihnen so rücksichtslos Gebrauch, daß sie sich nicht einmal scheut, die schwachen Organe der Reichsgewalt selbst anzutasten. Der stärkste Ausdruck der staatlichen Autorität ist der Soldat, der sie zu schützen bestimmt ist. Der preußische Polizist aber erhebt den Anspruch, ihn nicht nur zu überwachen, sondern ihn gegebenenfalls auch zu entwaffnen und zu verhaften. Derartige Ansprüche des preußischen Polizeiministers zeigen greller als alles andere die Unmöglichkeit unserer inneren Zustände. Wenn die Reichsgewalt selbst nicht vor Vergewaltigung durch die Gliedstaaten sicher ist, wie soll sie im Volke, geschweige denn im Auslande Autorität genießen? Steht es so zwischen der Mutter Germania und ihrem erstgeborenen Sohne, so ist es kein Wunder, wenn es sich überall im Rest der Zaunkönige regt. Die sächsische Regierung verurteilt laut und öffentlich die Reichspolitik. Sie verkündet dem feindlichen Ausland den Bankerott der vom Reich inaugurierten deutschen Politik. Ein junger Mann, der sich in Sachsen Ministerpräsident nennt, droht öffentlich mit dem Auslande! Gehen die Dinge so weiter, so haben wir allerdings bald den Idealzustand der Freiheit im Sinne unserer Radikalen erreicht, aber um den Preis der deutschen Einheit. Freiheit ist ein schönes Wort und ein hohes Volksgut. Aber der Freiheit des Ganzen muß die Freiheit des Einzelnen geopfert werden. Erst die Einheit, dann die Freiheit!

Jahrhundertelang hatten wir das Zerrbild der Freiheit in Deutschland in der Form der vielgepriesenen und eifersüchtig gehüteten „Deutschen Libertät". Die deutschen Länder erachteten es für ihr hohes Vorrecht, das Reich zu kontrollieren, im Stich zu lassen, zu bekämpfen, ja auch nach Belieben in Gemeinschaft mit dem äußeren Feinde zu verraten.

An dieser Libertät werden wir zugrunde gehen, wenn wir uns nicht zu dem Begriff der wirklichen Freiheit durchringen, wenn wir dem Reiche nicht geben, was des Reiches ist und die ungebärdigen Kinder Germaniens nicht hinter die Reichspolitik zurückrufen. Namentlich die preußische Politik wird sich organisch einzuordnen haben in die Reichspolitik. Dann bleiben die Seitensprünge der Kleineren weniger gefährlich als lächerlich.

Allerdings auch vom Unitarismus wollen wir nichts wissen. Während das neue System die politische Macht des Reiches aufs schwerste gelähmt hat, hat es das Eigenleben der Länder in wichtigen Punkten ohne Not gefährdet und sogar so tief in die Selbstverwaltung der deutschen Städte und Landkreise eingegriffen, daß von einer wirklichen Selbstverwaltung nicht mehr die Rede sein kann. Das ist die Folge der Zentralisation fast der gesamten Finanzkräfte in den Händen des Reiches. Länder, Städte und Landkreise sind finanziell zu Kostgängern des Reiches geworden, sie wirtschaften zu einem sehr großen Teil ohne eigene Verantwortung und deshalb unwirtschaftlich und unsparsam. Die Zentralisation erfordert einen ungeheuren Beamtenapparat, arbeitet teuer, überspannt die finanziellen Kräfte des Reiches und schädigt seine Autorität, statt sie zu stärken. Hier muß ein starker Schritt zurückgetan und das finanzielle Eigenleben der Länder und Kommunen wieder gesichert werden.

Hoffen wir, daß es dem Reichskabinett, dem niemand Einsicht und guten Willen wird absprechen können, von der öffentlichen Meinung Deutschlands so gestärkt, gelingt, die notwendige Reformarbeit bald durchzuführen zu dem doppelten Ziele: Stärkung der politischen Reichsgewalt und Sicherung des finanziellen und wirtschaftlichen Eigenlebens der deutschen Länder und der deutschen Selbstverwaltung.

---

* **Zur Erkrankung Hardings.** Im Befinden des Präsidenten Harding ist eine weitere Verschlimmerung eingetreten.

* **Das englische Unterhaus** hat beschlossen, die vor fünf Wochen wegen eines Verstoßes gegen die Geschäftsordnung von der Anteilnahme an den Sitzungen des Unterhauses ausgeschlossenen vier Arbeitervertreter wieder zuzulassen.

MARCHIVUM

Japan und die Ruhraktion

Unter dieser Ueberschrift brachte vor kurzem ein Japaner im „Rheinischen Beobachter" einen Artikel, um nachzuweisen, daß Japan ein Gegner der französischen Ruhraktion sei. Es wird hingewiesen auf einen Januarartikel der „Richi Nichi", auf die Arbeiterdemonstrationen und auf die Worte des japanischen Außenministers, des Grafen Uchida im Parlament, das wenige Tage nach dem französischen Einfall in das Ruhrgebiet zu seiner diesjährigen ordentlichen Session zusammentrat.

Es liegt uns fern, einem Vertreter der japanischen Kreise, die deutschfreundlich gesonnen sind, entgegentreten zu wollen, aber ich glaube nicht, daß wir die deutsch-japanischen Beziehungen dadurch fördern, wenn wir so verfahren, wie es von japanischer Seite im „Rheinischen Beobachter" geschehen ist. Vielmehr wird dadurch die öffentliche Meinung in Deutschland irregeleitet, denn die Dinge verhielten sich doch in der Tat etwas anders. Es soll nicht geleugnet werden, daß gewisse Teile des japanischen Volkes und der japanischen Presse deutschfreundlich gesinnt sind, es solle dankbar anerkannt werden, was japanische Gelehrten- und Studentenkreise für die Unterstützung deutscher Wissenschaft und der deutschen studierenden Jugend getan haben und noch tun. Es soll ebenso dankbar begrüßt werden, daß jetzt eine Unterstützungsaktion für die Ruhrkinder von bestimmten japanischen Kreisen in die Wege geleitet worden ist u. a. m. Aber dennoch fragen wir Deutsche: Was ist das alles, solange das amtliche Japan sich nicht von Frankreich, wenigstens in moralischer Hinsicht, lossagt? Wir fragen: Warum hat man die Demonstrationen vor der französischen Botschaft mit Gewalt unterdrückt, warum fand Graf Ritude im Parlament nur so nichtssagende Worte über die französische Ruhraktion? Wir Deutschen verstehen es, daß für die japanische Politik seit der Washingtoner Konferenz und der Aufgabe des englischen Bündnisses gewichtige Gründe vorhanden sein mögen, die engere Beziehungen zu Frankreich als notwendig erscheinen lassen. Wir Deutsche verlangen nicht, daß Japan um unseretwillen sich in politische Schwierigkeiten begibt, aber das alles hätte doch ein moralisches Abrücken des amtlichen Japans ermöglicht. Das japanische Volk ist stolz auf seinen Buschido, jenen ritterlichen Ehrenkodex der Samurais, der auch die Hilfe und die Unterstützung der Bedrängten vorsah, der verbot, sich an einem Wehrlosen zu vergreifen. Lebt dieser Buschidogeist noch im heutigen japanischen Volk?

Diese Frage wird man uns Deutschen nicht übel nehmen dürfen, denn wir haben die japanische Politik seit den Tagen von Versailles bis heute dauernd gegen uns und für Frankreich Stellung nehmen sehen, auch in Fragen, wie der oberschlesischen, bei denen Japan ohne besonderen eigenen Schaden zum mindesten Neutralität hätte üben können. Und jetzt wieder müssen wir eine indirekte Förderung der französischen Ruhraktion feststellen, denn die zur Schau getragene Neutralität ist zum mindesten wohlwollend für Frankreich. Wir Deutsche sind gezwungen, einen furchtbaren Kampf gegen einen aller Menschlichkeit baren und bis an die Zähne ausgerüsteten Feind um unsere Existenz mit den Waffen des Geistes und mit wirtschaftlichen Mitteln zu führen. Was uns in diesem Kampfe eine moralische Isolierung Frankreichs in der Welt helfen würde, wird man auch in Tokio wissen. Dennoch geschieht von dort aus nichts für uns, sondern im Gegenteil, man nimmt gegen sich zeigende deutschfreundliche Volksstimmungen Stellung.

Dadurch, daß Japan sich 1914 in das Netz der englischen Politik gegen Deutschland verstricken ließ, ist sein bitterer Weg nach Washington vorbereitet worden. Heute geht es diesen antideutschen Weg unter französischer Führung weiter — und das Ende wird vielleicht noch bitterer sein als Washington. Darüber mag man sich in Tokio keiner Täuschung hingeben, daß die völlige Vernichtung Deutschlands auch für Japan einmal böse Folgen haben muß.

Unter der Fremdherrschaft

Weggenommen

Krefeld, 31. Juli. Die Belgier haben sämtliche Werkzeugmaschinen der Eisenbahnbetriebswerkstätte in Kempen mit Ausnahme des Dampfhammers abgebaut und weggeschafft, auch wurde das gesamte Werkzeug weggenommen.

Neuwied, 31. Juli. Heute morgen 10 Uhr wurde die hiesige Reichsbanknebenstelle von den Franzosen besetzt. Die dort liegenden Gelder wurden weggenommen.

Das tägliche Opfer

Am 29. Juli abends fielen in Dortmund an der Brücken- und Rheinholdstraße Schüsse, die von einem französischen Kriminalbeamten abgegeben worden waren. Ein junger Mann wurde durch einen Rückenschuß erheblich verletzt und in ein Krankenhaus gebracht. Die Gründe der Schießerei sind unbekannt.

Sanktionen-Aufhebung

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung" aus Gladbeck setzte der kommandierende General der belgischen Besatzungstruppen mit dem gestrigen Tag alle anläßlich des Vorfalls auf der Hochfelder Brücke verhängten Sondersanktionen außer Kraft. Dies gilt insbesondere für die Wiederaufnahme des Straßenbahnbetriebes im ganzen Bezirk Gladbeck, der seit dem Unglücksfall bis heute vollkommen ruhte. Die Schanksperre im ganzen belgisch besetzten Gebiet wurde ebenfalls aufgehoben, sodaß die Gaststätten jetzt wieder bis 10 Uhr abends geöffnet sind.

Die Sicherstellung der Ernährung

In der Reichskanzlei fand gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen statt, an der der Reichsminister der Ernährung und Landwirtschaft und einige andere Mitglieder des Kabinetts teilnahmen. In der Besprechung wurde die gesamte Ernährungslage und insbesondere die Versorgung der städtischen Bevölkerung einer eingehenden Erörterung unterzogen. Nach den übereinstimmenden Aeußerungen der Vertreter der Landwirtschaft kann mit einer guten Brotgetreideernte gerechnet werden. Die vorliegenden Meldungen geben auch zu der Hoffnung auf eine baldige Besserung in der Kartoffelversorgung begründeten Anlaß, da die Frühkartoffelernte in einzelnen Gegenden bereits begonnen hat und in anderen Landstrichen innerhalb der nächsten und übernächsten Woche angefangen wird.

In Verbindung damit wurde auch die wichtige Frage der Fettversorgung behandelt. Hier bestehen insofern besondere Schwierigkeiten, als die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Speisefetten von jeher zu einem sehr wesentlichen Teil durch die Zufuhr aus dem Ausland und also auf die Devisenbeschaffung angewiesen ist. Die Verhandlungen über Erleichterungen auf diesem Gebiet, die zwischen der Reichsregierung und der Reichsbank geführt wurden, stehen vor dem Abschluß. Weiter wurde die Notwendigkeit erörtert, dem Landwirt die Möglichkeit zu geben, den Erlös für seine Erzeugnisse wertbeständig anzulegen. Der Plan der Reichsregierung, eine wertbeständige, leicht beschaffbare Goldanleihe auszugeben, wurde daher von den Vertretern der Landwirtschaft begrüßt.

Aufruf an die Landwirtschaft

Im Anschluß an die gestrige Besprechung beim Reichskanzler erläßt der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft einen Aufruf an die deutschen Landwirte, in dem diese aufgefordert werden, alle zur Verfügung stehenden Vorräte aus der alten und neuen Ernte umgehend und reichlich den Verbrauchern in den Städten zuzuführen und besonders auch den Brüdern an Rhein und Ruhr im Abwehrkampf beizustehen.

Devisen für das besetzte Gebiet

[·] **Berlin, 1. August.** (Von unserm Berliner Büro.) Vertreter des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete hatten gestern Besprechungen mit Vertretern der Reichsbank über die Frage der Devisenbeschaffung zur Versorgung des besetzten Gebietes mit Lebensmitteln. Die Vertreter der Reichsbank sagten zu, daß die angeforderten Devisen von jetzt an in vollem Umfange zugeteilt werden sollen. An maßgebender Stelle hofft man, daß sich diese Neuregelung bald in der Versorgung des besetzten Gebiets bemerkbar machen werde.

Deutsches Reich

Die bayrische Verfassungsänderung abgelehnt

Im bayerischen Landtag fiel gestern nachmittag die Entscheidung über den Verfassungsgesetzentwurf betreffend Volkswehr und Volksentscheid. In der Schlußabstimmung stimmten 78 Abgeordnete der bayerischen Volkspartei und der bayerischen Mittelpartei für den Gesetzentwurf, 59 Abgeordnete der demokratischen, sozialdemokratischen und bauernbündlerischen Fraktion gegen den Gesetzentwurf. Damit ist die notwendige Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen nicht erreicht und der Präsident stellte die Ablehnung der Gesetzesvorlage fest. Die Linke begleitete die Ablehnung mit Bravorufen.

Zeigner spricht in München

Die Ankündigung, daß der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner in München beim republikanischen Schutzbund einen Vortrag zu halten gedenkt, wird in der Münchener bürgerlichen Presse durchaus abfällig beurteilt und sein Auftreten wird als unerwünscht bezeichnet. Wie privatim zu erfahren ist, ist ein Besuch Dr. Zeigners beim bayerischen Ministerpräsidenten nicht vorgesehen und ein solcher ist beim Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling auch nicht angekündigt worden. — Die einfachsten Formen staatlicher Höflichkeit scheinen Herrn Dr. Zeigner noch nicht bekannt zu sein.

Folgen der Flucht Ehrhardts

[·] **Berlin, 1. August.** (Von unserm Berliner Büro.) Die Flucht Ehrhardts aus der Gefangenenanstalt in Leipzig hat die sächsische Justizbehörde veranlaßt, in beiden Gefangenenanstalten, die dem Reichs- und Staatsgerichtshof als Untersuchungsgefängnisse in Leipzig dienen, verschärfte Ueberwachungsmaßnahmen der dort untergebrachten politischen Untersuchungsgefangenen, die größtenteils den Rechtsorganisationen angehören, zu treffen. Alle diese Inhaftierten müssen Anstaltskleidung tragen und werden nur mit verbundenen Augen durch die Gänge der beiden Gefängnisse geführt, um ihnen so jede Orientierungsmöglichkeit zu nehmen. Besonders scharf wird Oberleutnant Roßbach bewacht, über dessen Behandlung sich, wie erinnerlich, vor einiger Zeit die völkischen Abgeordneten beim Reichsjustizminister beschwerten, weil ihm Vergünstigungen, die anderen Gefangenen gewährt worden waren, entzogen wurden. Ferner werden von diesen Maßnahmen diejenigen Personen betroffen, die unter dem Verdacht der Beteiligung an Ehrhardts Flucht stehen und die in der Parchimer Mordsache Verhafteten.

Die Untersuchung des vor etwa 6 Wochen aufgedeckten Mordes an dem Landwirtschaftseleven Kadow zu Parchim in Mecklenburg ist jetzt so weit gediehen, daß das Vorverfahren gegen 17 Angehörige der Roßbachorganisation eröffnet werden konnte, die sich alle bis auf einen, der noch flüchtig ist, bereits in Haft befinden.

Immer neue kommunistische Umtriebe

[·] **Berlin, 1. Aug.** (Von uns. Berl. Büro.) Nachdem die Faszistenkundgebungen der Kommunisten im Reich einen ziemlichen Mißerfolg gebracht haben, versuchen die Kommunisten es nunmehr wieder einmal mit einer Sonderaktion im Ruhrgebiet. So ist im Oberhausener Revier neuerdings eine Streikbewegung ausgebrochen. Am Samstag trat die Belegschaft der guten Hoffnungshütte in den Ausstand und demonstrierte vor dem Hauptverwaltungsgebäude wegen Lohnforderungen. Der Betriebsrat wurde von der durch radikale Elemente aufgehetzten Arbeiterschaft abgesetzt. Indessen weigerte sich die Direktion, mit dem darauf neu gewählten Gegenbetriebsrat zu verhandeln. Gestern vormittag zogen die Belegschaften zweier Schachtanlagen vor das Oberhausener Rathaus, um Abhilfe gegen die Teuerung zu verlangen. Man erwartete ein Uebergreifen der Bewegung auf andere Zechen.

Bis jetzt ist die Auslandsbewegung in Ruhe verlaufen, doch treiben die Kommunisten eine lebhafte Propaganda für eine gemeinsame Aktion sämtlicher Bergarbeiter.

Eine politische Verhaftung

München, 1. Aug. Auf Grund eines Haftbefehls des Oberstaatsanwalts in Mannheim wurde im Fraktionszimmer der Kommunistischen Partei im Münchener Rathaus der Schriftsteller Schulz, Sekretär der Berliner Zentrale der K. P. D., durch Beamte der Münchener Polizeidirektion festgenommen, der in Bayern an dem Ausbau der K. P. D. zu arbeiten hatte. Der Haftbefehl gründet sich auf die §§ 185, 186, 196, 200 und 74 des Reichsstrafgesetzbuches, sowie auf § 20 des Pressegesetzes.

* Der 5. ordentliche Deutsche Studententag, der vom 27. bis 29. Juli in Würzburg stattfand, war von 62 deutschen Hochschulen beschickt. Die Tagungen befaßten sich u. a. mit dem Verhältnis des Studenten zur Arbeiterschaft und zur Presse, mit der Sportbewegung an den Hochschulen und mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der deutschen Studentenschaft. Ueber das Thema: „England und wir" sprach der Vorsitzende des Auslandsamtes der Deutschen Studentenschaft, wobei er einen Bericht über die Hilfstätigkeit der englischen Studentenschaft für die deutsche Studentenschaft erstattete und den herzlichen Dank aussprach, aber gleichzeitig darauf hinwies, daß Deutschland nur durch eigene Kraft, niemals aber allein durch fremde Hilfe wieder hoch kommen könne.

Das Eisenbahnunglück in Kreiensen

47 Tote

Von den bei dem Eisenbahnunglück in Kreiensen Verletzten befinden sich 33 in der Göttinger Klinik, 5 sind in Gandersheim, 2 in Kreiensen untergebracht. Von den in der Göttinger Klinik befindlichen Schwerverletzten sind inzwischen drei gestorben, so daß sich die Zahl der Toten auf 47 erhöht hat. Man hofft, daß damit die Zahl der Todesopfer endgültig erreicht ist. Die meisten Toten stammen aus Süddeutschland. Auch eine Mannheimerin, Elise Doerr, befindet sich unter den Opfern.

Der Vorzug des D-Zuges Hamburg—München hatte unterwegs einen Maschinendefekt und wollte auf dem Bahnhof Kreiensen, der fahrplanmäßig ohne Aufenthalt zu durchfahren ist, eine neue Vorspannmaschine nehmen. Der Haupt-D-Zug 88, der durch den Bahnhof Kreiensen durchfahren wollte, hat dann das Haltesignal durchfahren, und ist mit ziemlicher Geschwindigkeit auf den Vorzug aufgefahren. Der Anprall war so gewaltig, daß bei dem Vorzug sich der letzte Wagen unter den vorletzten Wagen schob und die Abteile direkt wegrasierte. Die beiden nächsten Wagen wurden ebenfalls ineinandergeschoben und durch die Auftürmung das Dach des Bahnhofs zum Teil beschädigt. Eigentümlicherweise sind einzelne Abteile mit unter den ein wüstes Chaos bildenden zerstörten Wagen unbeschädigt geblieben. Beim Haupt-D-Zug hat sich der Postwagen, in dem sich acht Beamte befanden, in den Packwagen hineingeschoben, doch sind die Beamten unverletzt geblieben. Außerdem ist ein Personenwagen des auffahrenden D-Zuges beschädigt worden. Die zertrümmerten Wagen bieten ein furchtbares Bild der Zerstörung und des Grauens. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig, da die Wagen so ineinandergefahren waren, daß sie zum Teil auseinandergeschweißt werden mußten. Wer die Schuld an dem Unglück hat, muß die Untersuchung ergeben. Wie durch ein Wunder ist eine Dame dadurch dem Tode entronnen, daß sie in Kreiensen nach dem Halten des Zuges das Bahnhofsrestaurant aufsuchte, während in ihrer Abwesenheit das Unglück geschah, bei dem auch ihr Mann ums Leben gekommen ist.

[·] **Berlin, 1. August.** (Von unserm Berliner Büro.) In den Berliner Zeitungsdruckereien ist es gestern infolge Lohnstreitigkeiten zu einem zweistündigen Streik des technischen Personals gekommen. Die Arbeitnehmer verlangen zu den Lohnsätzen für die laufende Woche eine Teuerungszulage von einer Million. Um dieser Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen, wurde die Arbeit von 1—3 Uhr niedergelegt. Infolgedessen konnte nur ein Teil der Abendblätter und auch diese nur mit zweistündiger Verspätung erscheinen.

Mit Pickel und Stemmeisen im Kampf gegen die Lava

Von Emil Herold (München)

Lava, die Berge durchtunnelt. — Weinberge, die auf der Lava schwimmen. — Der Lavasee an der Stadtmauer von Catania. — Eine Bresche von 50 Metern. — Barrikaden gegen die Lava. — Der geniale Aderlaß. — Ein Dorf, das den Retkern in den Rücken fällt. — Der Tod der Stadt.

Von der Art der Ereignisse, die sich kürzlich vor den Augen der zitternden Welt auf Sizilien abspielten, machen sich wohl die wenigsten einen richtigen Begriff. Die sich anscheinend widersprechenden Nachrichten — „Der Lavastrom nur noch hundert Meter von Linguaglossa!" und einen Tag später: „Linguaglossa gerettet!" — wurden von dem größten Teil der Leser nicht begriffen und für Meldungen gehalten, von denen die zweite die erste als „Ente" bloßstellte. Das kommt aber nur davon, weil wir gewohnt sind, bei diesen zeitlichen Naturereignissen alles dem Begriff „feuerspeiender Berg" unterzuordnen. Lava, so weiß man, sind nichts als feurigflüssige Gesteine, die aus den Vulkanen hervorquellen, und als endloser Feuerstrom die Städte, die sie erreichen, in Brand setzen und ihre Trümmer dann überdecken.

Aber Feuer und Hitze in der Lava sind es nicht, die die große Gefahr für die Dörfer am Fuße des Aetna bilden. Gefährlicher als sie ist die Kraft, die in ihr schlummert. Wie eine Riesenschlange umarmt der Lavastrom die Städte und Dörfer und brennt sie nicht nieder, sondern erdrückt sie. Wohl ist die Lava, wenn sie aus den Kratern kommt, feurig-flüssig und von einer solchen Gluthitze, daß alles Brennbare in einer Entfernung von hundert Metern im Nu zur Flamme und zur Asche wird. Aber je weiter sie sich talwärtswendet, desto mehr ereilt sie das Schicksal jedes feurig-flüssigen Körpers: sie fängt an, zu erstarren. Freilich nur sehr, sehr langsam. An ihrer Oberfläche bildet sich gewissermaßen eine pech- oder asphaltartige Haut. Aber diese Haut ist nicht sehr tief, und im Innern bleibt die Lava glut-flüssig. Welche Glut sich in diesem langsam vorwärtsrollenden Sack birgt, das mag einem die Tatsache sagen, daß diese Lavaströme oft mehrere hundert Meter breit und zehn bis fünfzehn Meter hoch sind!

Da mag man begreifen, daß dieser Glutstrom sich auch durch Felsen zu fressen vermag. Ja, man kennt sogar einen Fall, daß der Lavastrom durch einen Berg hindurchgeflossen ist. Das war bei dem Aetna-Ausbruch des Jahres 1669 der Fall, der ununterbrochen überein Vierteljahr Lavamassen um Lavamassen vorschob, die schließlich die Stadt Catania zum guten Teil zerstörte. Dieser Ausbruch ist wohl der größte gewesen, den der Aetna in geschichtlicher Zeit „verübt" hat. Und er ist in seiner Großartigkeit typisch für jene alles brechende Kraft der Lava. In den ersten Märztagen war der Aetna sehr unruhig gewesen und starke Beben gingen dem Ausbruch selbst voran. Ungeheure Lavamassen schoben sich talabwärts. Man hoffte und hoffte, daß sich der Feuerberg endlich ausgetobt hätte. Tage verstrichen, Wochen vergingen. Niemand glaubte am Anfang, daß auch Catania, die Stadt am Meere, gefährdet werden könne. Aber immer näher rückte die Glutenschlange. Am Monte Pilieri schien ihr endlich ein Halt geboten. Man atmete auf in Catania. Aber die Freude währte nicht lange. Der Feuersee an dem Berg stieg höher und höher, und auf einmal brach der Lavastrom an der Südwand des Berges durch. Die Glut hatte den Berg untertunnelt! Und nun schob sich die Lava mit größerer Schnelligkeit auf die angsterfüllte Stadt. Wie ein Strom, der aus den Ufern getreten ist, wälzte die Lava große Erdschollen, ganze Teile von Weinbergen auf seiner Oberfläche mit fort. Es muß ein sonderbares Bild gewesen sein, diese auf der Lava schwimmenden Weinstöcke, die wohl angesengt waren, aber erst dann brannten, wenn die Erdschollen zerfielen oder umkippten.

Noch hatte man eine zweite Hoffnung, einen kleinen See, die Gurna d'Unigito. Aber auch der war bald ausgefüllt. Am 15. April näherte sich die Lava den nordwestlichen Bastionen der Stadt. Die boten ein gutes Bollwerk. Die Mauer an dieser Stelle waren zehn bis fünfzehn Meter hoch und sehr sorgfältig aus großen alten Lavaquadern gebaut. Das Tor an jener Seite, die Porta del Tindaro, hatte man in Eile, aber eben so sorgsam vermauert. Mit Bangen standen die Catanier auf den Zinnen und sahen mit jedem Tag die heiße Flut vor den Mauern höher steigen. Ein paar Bauten, die vor den Toren lagen, sah man versinken und ertrinken. Am 22. April erreichte die Lava die Mauern selbst und — man glaubte sich gerettet! — floß an den Mauern entlang ins — Meer. Aber dieser Abfluß war für die Riesenmassen, die sich immer drohender heranschoben, nicht genügend. Die Lavaflut stieg und stieg und drückte mit furchtbarer Gewalt gegen die Mauern. Eine Woche lang hielt sie stand. Da, am 22. April vormittags, drückte der Lavastrom eine 50 Meter breite Bresche in die Mauer, und um die unglückliche Stadt wars geschehen. In fast stürmischem Anlauf warf sie ein paar Häuser nieder, die verbrannten, und drang bis auf den Korso vor. Aber die Catanier gaben den Kampf nicht auf. Mit Hammer und Kelle bauten sie Barrikade um Barrikade, und wenn die Lava eine niedergerannt hatte, stand schon zwanzig Meter davor eine neue. Es war ein direkter Barrikadenkampf gegen die Lava, der über eine Woche in der Stadt tobte.

In dieser höchsten Not kam ein Catanier, Don Diego Pappalardo, unterstützt von dem Maler Platania, auf einen kühnen Gedanken. Man mußte dem Lavastrom die Stoßkraft rauben, und das ging nur, wenn man, groß gesagt, den Schlauch anschnitt, der die innengutflüssige Lava, die ja die treibende Kraft war, ausfließen ließ. Der Gedanke, von der höchsten Not diktiert, war zu kühn und gefährlich, um gelingen zu können. Aber er gelang. Weit draußen vor der Stadt zapfte man den Lavastrom an. Eine große Anzahl von Arbeitern, in nasse Felle gehüllt, griff, sich in kurzen Zeiträumen ablösend, die dicke Haut des Lavastromes mit Pickeln und Brecheisen und Hämmern und Hacken an. Es war eine harte Arbeit. Auf einmal — die Arbeiter wären um ein Haar verbrannt — schob die leichtflüssige, glühende Innen-Lava aus dem angeritzten Schlauch heraus wie die Winde aus den Schläuchen des Odysseus. Als sich die Arbeiter von dem ersten Schrecken erholt hatten, ging man mit Erfolg daran, das Loch zu vergrößern. Mit ziemlicher Kraft floß ein Teil der Lava nach Westen gegen Paterno ab. Und wenn es auch nur ein Teil war, so bildete diese Kraftabzapfung für die tapferen Barrikadenkämpfer im Innern der Stadt doch eine Entlastung, die um so merkbarer werden mußte, je größer die Bresche vor der Stadt wurde.

Aber nun kam ein neues Verhängnis, ein Verhängnis, das diesen mutigen Kampf zu einer Tragikomödie machte. Während die Catanier im Schweiße ihres Angesichts mit Pickel und Stemmeisen die Bresche erweiterten, heulten im nahen Paterno die Sturmglocken durch die Nacht. Und noch etwa einer halben Stunde eilten im Sturmschritt mit Trommeln und Trompeten etwa 500 Leute aus Paterno hervor und drohten die handvoll Catanier dem Moloch der Innen-Lava in den Rachen zu werfen, wenn sie mit dem Aderlaß nicht aufhörten, der nun ihr Dorf zu überschwemmen drohte. Und die Catanier mußten fliehen. Dieser Eingriff der Leute von Paterno in die Rettungsaktion hat das Schicksal von Catania endgültig besiegelt: in den ersten Junitagen floß die Lava in einem neuen, breiten Arm in das Meer. Nicht mehr an den Mauern entlang: über eine tapfere, aber unglückliche Stadt hinweg.

Theater und Musik

(·) **Ein Deutsches Sänger-Museum.** Als Auftakt zum 13. Fränkischen Sängerbundesfest, das die Sänger des Gaues Franken in diesen Tagen in Nürnberg vereinigte, erfolgte, wie schon kurz mitgeteilt, in der historischen Meistersingerkirche in Nürnberg die feierliche Uebergabe des Deutschen Sänger-Museums an den Deutschen Sängerbund durch die Stadt Nürnberg. In Vertretung des Nürnberger Oberbürgermeisters sprach Stadtrat Dr. Merkel. Während der Schlußworte wurde das Bundesbanner des Deutschen Sängerbundes, das seit dem großen 8. Bundesfeste 1912 in Nürnberg aufbewahrt wurde, hereingetragen und zur Seite des Rednerpultes aufgestellt. Im Auftrage des Vorstandes des Deutschen Sängerbundes nahm Rechnungsrat Schlicht, aus der Hand des Stadtvertreters den Schlüssel zum Sänger-Museum entgegen, dankte in kurzen kernigen Worten der Stadt Nürnberg für ihre dem Deutschen Sängerbunde geleisteten Dienste und empfahl das neue Bundesheiligtum

MARCHIVUM

Der Mannheimer Lebenshaltungsindex 73162

Die letzte Juliwoche hat mit einer nahezu 100prozentigen Steigerung der Mannheimer Lebenshaltungskosten den Rekord geschlagen. Die gestrige Sitzung der Preisprüfungskommission stand völlig unter dem Eindruck dieser niederschmetternden Tatsache. Ehe der Vorsitzende, Regierungsrat Dr. Hofmann, die üblichen statistischen Mitteilungen machte, ergriff Bürgermeister Dr. Walli das Wort zu einigen einleitenden Ausführungen. Am Ende des Wirtschaftsjahres, so bemerkt er u. a., haben sich wieder die bekannten Schwierigkeiten in der Bedarfsversorgung ergeben. Insbesondere werde die

Kartoffelnot

sehr schmerzlich empfunden. Der Hauptgrund des Mangels scheine ihm die Hinausögerung der Ernte um vier Wochen durch die unbeständige Witterung zu sein. Mannheim spürt besonders fühlbar das Ausbleiben der Pfälzer Frühkartoffel. Nach einer neuen Verfügung der Besatzungsbehörde ist die Ausfuhr von Kartoffeln aus der Pfalz ohne Zollzahlung gestattet. Preisprüfungsamt und Kartoffelhandel seien schon darauf aufmerksam gemacht worden. Es müsse dringend erwartet werden, daß der Kartoffelhandel von dieser Befugnis Gebrauch macht. Ein Teil des Handels sei nicht mit der nötigen Energie vorgegangen. Den Säumigen sei eröffnet worden, daß ihnen die Handelserlaubnis entzogen wird, wenn sie nicht alle Möglichkeiten zur Versorgung des Mannheimer Marktes mit Kartoffeln ausnutzen.

Eine nicht minder mißliche Sache ist das

schlechte Brot.

Infolge der neuesten Verfügung der Rheinlandkommission besteht die Hoffnung, daß wir jetzt wieder besseres Mehl bekommen, vor allem mehr Weizenmehl. Eine Abordnung der Arbeiterschaft hat gestern Bürgermeister Dr. Walli eine Brotprobe übergeben, die aus einer Bäckerei auf dem Waldhof stammte. Das Corpus delicti lag auf dem Tisch des Hauses. Schon der Anblick der klebrigen, übelriechenden dunkelbraunen Masse, die in der Kruste wie ein üppiger Schwamm saß, war erregend. Man darf wohl sagen, daß in der schlimmsten Kriegszeit ein derartiges Backwerk nicht zum Verkauf gelangt ist. Wie Bürgermeister Dr. Walli feststellt, wird der sagen, Bäcker, der hoffentlich eine exemplarische Strafe erhält, wegen Unzuverlässigkeit schon seit längerer Zeit nicht mehr mit Kommunalverbandsmehl beliefert. Es wird infolgedessen zu prüfen sein, aus was für Material das schandmäßige Produkt, für das selbstverständlich das reelle Bäckergewerbe nicht verantwortlich zu machen ist, hergestellt wurde. Um der Kartoffelnot entgegenzuwirken, hat Bürgermeister Dr. Walli die Ausgabe einer Brotzulage von 750 Gramm veranlaßt. Es wird versucht werden, mit dieser Zulage fortzufahren. Das Ministerium des Innern ist bereits telegraphisch um die Gewährung eines Mehlzuschusses ersucht worden. Die Auffassung, daß sich die Stadt Mannheim allein in einer außerordentlichen schlechten Lage befinde, sei irrig. Als Dr. Walli am Freitag nachmittag im Ministerium des Innern vorgesprochen hat, um das vorzutragen, was in der Aussprache am Vormittag zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft und dem Oberbürgermeister erörtert wurde, hat er erfahren, daß auf dem Karlsruher Wochenmarkt keine einzige Kartoffel war, obwohl Karlsruhe in der Nähe des Rastatter Erzeugergebietes liegt. In der Bevölkerung rege man sich mit Recht darüber auf, daß die Bevölkerung genötigt sei, ein derartig schlechtes Brot zu essen, während Weißgebäck in geradezu provozierender Weise hergestellt werde. Zum Einschreiten ständen der Stadt aber keine Mittel zu Gebote. Nach den Bestimmungen des Notgesetzes wäre es möglich, daß hier etwas geschieht. Schritte seien beim Ministerium des Innern bereits eingeleitet. Man dürfe allerdings nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Wenn man die Konditoreien oder Kaffeehäuser schließe, würden viele Angestellte brotlos. Außerdem dürfe die Versorgung der Kranken nicht gefährdet werden.

Weiter werde über die

hohen Fleischpreise

geklagt. Bei der Erörterung der Ursachen bedauerte Dr. Walli die Absperrung, die in Württemberg und Bayern gegen den Mannheimer Markt durchgeführt werde, Maßnahmen, die, ohne den bestehenden Verordnungen zu widersprechen, einem Ausfuhrverbot gleichkommen. Man befinde sich wieder in einem Krieg der Einzelstaaten gegeneinander. Eine Abordnung der Gewerkschaften habe dem Polizeidirektor Klagen über die Zustände auf dem Viehmarkt vorgetragen. Die Angelegenheit sei sofort an das Ministerium des Innern weitergegeben worden. Es werde in den allernächsten Tagen, vielleicht schon heute, hier eine Besprechung unter dem Vorsitz eines Regierungsvertreters stattfinden. Den württembergischen und bayerischen Maßnahmen müsse ein Paroli geboten werden. Geklagt werde auch darüber, daß die Metzger am Montag die Läden geschlossen hatten, sodaß es den Verbrauchern nicht möglich wäre, an diesem Tage noch Fleisch und Wurstwaren zum alten Preis einzukaufen. Die Fleischer-Innung habe auf Anfrage erwidert, daß die Metzger wegen schlechten Geschäftsganges das Personal verringern mußten und infolgedessen gezwungen seien, zeitweise zu schließen, um Wurstwaren herstellen zu können. Der Sache werde nachgegangen und bei Feststellung von Manipulationen mit aller Schärfe bis zur Schließung der Geschäfte gegen die schuldigen Metzger eingeschritten. Zum Schlusse wandte sich Bürgermeister Dr. Walli gegen ungerechtfertigte Angriffe auf die Behörden. Unruhe und Demonstrationen seien verständlich, trügen aber nicht zu einer Besserung der Verhältnisse bei. Landwirtschaft und Handel würden davon abgehalten, in die Städte etwas zu liefern, weil sie befürchten, daß ihnen die Ware weggenommen wird. Derartige Befürchtungen seien grundlos.

Regierungsrat Dr. Hofmann machte alsdann die Erschienenen mit den neuesten statistischen Feststellungen über die

Teuerung

bekannt. Vom 23. auf 30. Juli ist die Teuerungszahl von 4 305 666 Mk. auf 8 383 663 Mk. oder um 94,7 Proz. gestiegen. Setzt man die Friedenszahl gleich 1, so ergibt sich ein Index von 73 162. Der Julidurchschnitt, aus vier Stichtagen errechnet, beträgt 40 698. Vom Juni- zum Julidurchschnitt befindet sich die Steigerung auf 436,5 Proz. Bei einer Untersuchung der einzelnen Gruppen ergibt sich bei der Ernährung folgendes Bild: Vom 23. bis zum 30. Juli ist der Preis der 47 000 Gramm Brot von 489 000 auf 574 000 Mk. gestiegen, der 4000 Gramm Mehl von 112 000 auf 280 000 Mk, der 11 000 Gramm Nährmittel von 269 495 Mk. auf 751 654 Mk., der 70 000 Gramm Kartoffeln von 616 000 auf 1 120 000 Mk., der 15 000 Gramm Gemüse von 134 000 auf 164 000 Mk., der 3000 Gramm Fleisch von 364 000 auf 600 000 Mk., der 4500 Gramm Fett von 382 500 auf 1 125 000 Mk., der 10 Eier von 65 000 auf 90 000 Mk., der 28 Liter Vollmilch von 168 000 auf 420 000 Mk. Außergewöhnlich ist die Verteuerung der 15 Artikel in der Gruppe Bekleidung. Der vierwöchentliche Aufwand steigerte sich von 848 185 auf 2 073 523 Mk. Während vor acht Tagen für einen ganz einfachen einreihigen Herrenanzug noch 1,7 Mill. Mk. eingesetzt wurden, müssen nach den neuesten Erhebungen 4 Mill. Mk. bezahlt werden. Der Preis eines Frauenchevriotrockes ist von 302 000 Mk. auf 900 000 Mk., eines Knabenanzuges, der in Vorkriegszeiten 30 Mk. kostete, auf 2,1 Mill. Mk. gestiegen. Für ein Paar Männerstiefel (Friedenspreis 8,50 Mk.) stieg der Preis von 900 000 auf 2,5 Mill. Mk. Der Preis der Schuhreparaturen hat sich inzwischen ebenfalls wieder erhöht. Herrensohlen und Fleck kosten genäht 580 195 Mk., genagelt 511 615 Mk. Von heute ab kommt nach dem Tarif der Schuhmacherinnung ein Zuschlag von 113 750 Mk. hinzu.

In der mehrstündigen Aussprache wurden zunächst die immer schwieriger werdenden

Verhältnisse im Einzelhandel

einer eingehenden Erörterung unterzogen. Ein führender Vertreter verwahrte sich dagegen, daß der Kleinhandel immer noch der Prügelknabe ist. Mit der Kontrolle, die die Kaufleute nach und nach nervös mache, verschlechtere man nur die Situation. Mit den bisherigen Durchschnittspreisen sei nicht mehr auszukommen. An Hand von Fakturen wies der Redner nach, daß sich die Lieferungsbedingungen der Fabrikanten weiter verschlechtert haben. Der Einzelhandel sei tatsächlich nicht mehr in der Lage einzukaufen. Darauf sei auch die Einschränkung der Geschäftszeit in der Hauptsache zurückzuführen. Von einer Zurückhaltung der Ware könne keine Rede sein. Ein anderer Vertreter des Einzelhandels bemerkte, es gebe nur zwei Wege, um aus dem jetzigen Dilemma herauszukommen, entweder man gehe mit den Gewerkschaften oder man versuche die gleiche Kalkulation wie die Fabrikanten durchzusetzen. Die Preisschilderverordnung sei bedauerlich, weil die preiswerte Ware in der Hauptsache von linksrheinischen Wiederverkäufern aufgekauft werde. Von Arbeitnehmerseite wurde der Standpunkt vertreten, daß die Preisschilderverordnung beruhigend wirke. Als das gelbe Plakat an den Litfaßsäulen erschien, habe man feststellen können, daß sich die Erregung der Bevölkerung wesentlich legte. Wenn der Einzelhandel reformierend durchgreifen wolle, dann müsse er auf die Industrie einwirken, daß sie in der Lohnpolitik einen anderen Standpunkt einnehme. Ein anderer Gewerkschaftsführer meinte, im Großhandel, in dem die Lage am schlimmsten zu sein scheine, sei viel zu viel die Handelserlaubnis erteilt worden. Was in Mannheim sich als Großhandel etabliert habe, sei geradezu ein Skandal. Es habe sich allmählich eine Schmarotzerpflanze zwischen Erzeuger und Einzelhandel geschoben, die das Hauptübel der gegenwärtigen Situation sei. Ein Vertreter des Lebensmittelhandels stellte fest, daß in den letzten acht Tagen etwa 50 Prozent der gesamten Warenvorräte verkauft worden sind. Nach den Andeutungen, die dieser Redner machte, scheinen an mehreren Stellen noch bedeutende Vorräte an Lebensmitteln zu lagern, die nicht zum Verkauf gestellt werden. Die Kontrolle, die vorgenommen werden soll, wird zeigen, ob dieser Verdacht berechtigt ist. Die Generaldebatte über die Verhältnisse im Einzelhandel gipfelte in der Erklärung, daß der Einzelhandel bereit sei, mit den Gewerkschaften eine Eingabe an die Reichsregierung abzufassen, in der ein Einschreiten gegen die Preis- und Lieferungspolitik der Fabrikanten gefordert wird.

Bei der Besprechung verschiedener Einzelfragen wurde festgestellt, daß sich der Schuhwarenhandel mitten in einer Katastrophe befindet, weil die Fabrikanten plötzlich ihre Lieferungsbedingungen verschärft haben. Eine Reihe Schuhwarenhändler ist völlig ausverkauft. Die Fabrikanten hätten schon wieder zur Rationierung gegriffen. Die neuen Preise sind phantastisch. Ein Paar Stiefel, wie sie früher die Arbeiter Sonntags trugen, kostet heute im Einkauf 3 800 000 Mk., im Verkauf 3 040 000 Mk. Die Aufregung in den Geschäften sei schrecklich. Die Ausdrücke, die das Publikum gebrauche, weil es der Meinung sei, der Einzelhandel trage Schuld an den Phantasiepreisen, seien nicht wiederzugeben. Den Vertretern des Kartoffelgroßhandels war ebenfalls Gelegenheit gegeben, sich zu verteidigen. Nach ihren Ausführungen werden erst in etwa 14 Tagen normale Verhältnisse eintreten. Auf dem Donnerstag-Wochenmarkt müssen die italienischen Kartoffeln wieder die Situation retten. Das Pfund kostet aber schon von München ab 12 000 Mk. Die zugesagten drei Waggons (etwa 720 Ztr.) kosten nahezu eine Milliarde. Ohne die von der Regierung zugesagte Kredithilfe wird eine ausreichende Kartoffelversorgung nicht möglich sein. Die Vertreter des Wirtsgewerbes geben Aufschluß über die sich auch hier zuspitzenden Verhältnisse. Das Mannheimer Lagerbier kostet heute bei der Brauerei 1 Million Mk., das Spezialbier 1,3 Mill. Mk., die 100 Liter. Bei dieser Gelegenheit wurde auch betont, daß dem weiteren Eingehen von Betrieben — seit Kriegsende sind es ungefähr 600 — unbedingt Einhalt geboten werden muß, weil heute schon die Verpflegung der Bevölkerung großen Schwierigkeiten begegnet. Sch.

Neuer Post-Tarif

Von heute ab kosten:

Postkarten im Ortsverkehr 200, im Fernverkehr 400 Mark,
Briefe „ „ 400, „ „ 1000 „

Städtische Nachrichten

Einreise in das besetzte Gebiet

Zur Einreise in das besetzte Gebiet ist ein Reisepaß notwendig, der mit einem französischen Sichtvermerk versehen ist. Dieser Sichtvermerk wird erteilt auf schriftlichen Antrag:

a) Bei Reisen nach Ludwigshafen (Rhein) und Vororte von den Kreisdelegierten der interalliierten Rheinlandskommission in Ludwigshafen (Rhein), Oberes Rheinufer 28.

b) Bei Reisen nach anderen pfälzischen Orten von dem Provinzdelegierten der interalliierten Rheinlandskommission General de Metz in Speyer.

Für den Uebergang vom unbesetzten Gebiet in die Pfalz und umgekehrt kommen die seitherigen Rheinübergänge bei Mannheim/Ludwigshafen (Rhein), Rheinsheim/Germersheim Neuußheim (6 Km. bis zur Fähre bei Rheinhausen zeitweise Postauto), Speyer und Maxau/Maximiliansau in Betracht. Kontrolle wird streng gehandhabt.

Die Kraftwagenfahrten der Post im besetzten Gebiet sind bis auf weiteres eingestellt. Das Mitfahren von Reisenden in den Pferdepostwagen, sowie in Privatkraft-Lastwagen ist von den Franzosen verboten.

Von den Strecken der Reichsbahndirektion Ludwigshafen (Rhein) ist zur Zeit keine in deutschem Betrieb. Es bestehen Fahrgelegenheiten mit der elektrischen Straßenbahn Ludwigshafen (Rhein)—Bad Dürkheim und zurück. Die Fahrdauer beträgt in jeder Richtung etwa eine Stunde. In Oggersheim muß vorerst in jeder Richtung umgestiegen werden. Mitnahme nur kleinerer Handgepäckstücke.

Mit der elektrischen Straßenbahn von Neustadt (Haardt)—Landau (Pfalz) und zurück.

Schiffsverbindung Ludwigshafen (Rh.)—Mainz und zurück und Gelegenheit zur Weiterfahrt mit Schiff am nächsten Tag bis Köln.

Die badische Bauindustrie im Jahre 1922

Anläßlich einer Sondererhebung des Statistischen Landesamtes über die badische Industrie sind auch Ermittlungen über die badische Bauindustrie nach dem Stande vom Sommer 1922 angestellt worden. Nachstehend seien einige Ergebnisse aus den Feststellungen herausgegriffen, die sich nur auf die größeren Hoch- und Tiefbaugeschäfte und die Bauhöfe mit mindestens 10 Arbeitern beziehen.

Eingesessene badische Baugeschäfte und dauernd im Lande ansässige Zweigniederlassungen außerbadischer Firmen waren im ganzen etwa ein halbes Hundert in Baden vorhanden. Die Zahl der von ihnen innerhalb des Landes beschäftigten Arbeiter belief sich auf gegen 24 000, desgl. die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten auf über 1 100. Ständige Zweigniederlassungen außerbadischer Unternehmungen waren darunter 10 mit über 1600 auf badischen Baustellen beschäftigten Arbeitern. Von den einheimischen Baugeschäften (481 Betriebe, 22 366 Arbeitern, 1 513 Angestellten) wurden 6 von Aktiengesellschaften und 17 von Gesellschaften m. b. H. betrieben; weitere 9 Betriebe sind produktivgenossenschaftliche Bauunternehmungen vom baugewerblichen Angestellten und Arbeitern, sog. soziale Bauarbeitergenossenschaften, die in der Nachkriegszeit in einer Reihe von badischen Städten entstanden entstanden sind. Nahezu ein halbes Hundert von den einheimischen Betrieben (45) sind Großbetriebe mit je über 100 Arbeitern in Baden. Die Gesamtzahl der von ihnen im Lande selbst beschäftigten Arbeiter erreichte nahezu 11 000.

In der Nachkriegszeit hat insbesondere der erhöhte Kapitalbedarf zur Bildung einer Reihe von badischen Baugesellschaften durch Umgründung geführt, so sind von den Aktiengesellschaften 5 und von den Gesellschaften m. b. H. 12 nach dem Kriege gegründet worden. Die badische Bauindustrie ist größtenteils städtische Industrie, ihr Aufschwung steht im engsten Zusammenhang mit der fortschreitenden Industrialisierung des Landes und der baulichen Entwicklung der Städte. Gegen die Hälfte aller der in Frage stehenden Unternehmungen mit etwa zwei Drittel der im Lande beschäftigten Arbeiter ist in den 7 größten Städten ansässig. Von den 45 Großbetrieben (einheimische und Filialbetriebe) haben 38 ihren Hauptsitz in diesen Städten. Ihrer Betriebsart nach sind im badischen Baugewerbe alle hauptsächlichen Spezialarbeiten des Hoch- und Tiefbaues ganz hervorragend vertreten, u. a. ist eine Spezialität auch der Beton- und Eisenbetonbau, mit dem sich die meisten Großbaufirmen des Landes befassen. Eine ganze Anzahl von Bauunternehmungen war in der Erhebungszeit mit öffentlichen Bauarbeiten des Staates und von Gemeinden und an größeren Industrie- und Fabrikbauten beteiligt, von deren Ausführung der Beschäftigungsgrad der Bauindustrie des Landes in großem Umfange abhing. Unter den namhafteren badischen Baufirmen hatten 18 nachweisbar mit 3600—4000 Arbeitern an solchen Bauten Anteil. Vorübergehende Baubüros hatten 7 auswärtige Firmen in Baden eingerichtet und auf verschiedenen öffentlichen und Industriestellen des Landes 2000 Arbeiter und gegen 100 Angestellte beschäftigt. Andererseits beschäftigten auch 10 größere badische Baufirmen außerhalb des Landes 6900 Arbeiter, die in den eingangs erwähnten Arbeiterzahlen nicht mit inbegriffen sind.

Der Rückschlag im Wohnungsbau infolge der allgemeinen Verteuerung des Bauens und des Nachlassens der privaten Bautätigkeit dürfte u. a. daraus hervorgehen, daß von den mittleren Baugeschäften, die in der Vorkriegszeit hauptsächlich im Wohnungsbau tätig gewesen sind und damals noch 10 bis zu 100 Arbeiter beschäftigten, im ganzen seit 1912 bis zur Erhebungszeit über 100 wegen Verminderung der Arbeiterzahl auf weniger als 10 aus der Betrachtung ausgeschieden sind.

Neue Schlüsselzahlen

Der Verband der Deutschen Veredlungsanstalten für bauumwollene Gewebe E. V. teilt mit, daß die Schlüsselzahl für alle Zahlungen vom 30. Juli ab auf 126 000 erhöht worden ist.

Der Verband Deutscher Gamaschenfabrikanten E. V. hat, wie der „Konfektionär" erfährt, infolge der gewaltigen Lederpreiserhöhung die Grundpreise für Ledergamaschen wesentlich erhöhen müssen. Für alte laufende Aufträge beträgt der Aufschlag ab 27. Juli für Promenadegamaschen 8080 Proz., für Ledergamaschen 16 000 Proz. Ferner teilt der Verband mit, daß infolge der andauernden plötzlichen Marksturze die Zuschläge nicht mehr für den

Vom Waschen der Haare.

Viele waschen ihre Haare selbst zu Hause und nehmen dazu irgend ein Shampoon, welches jedoch nicht immer voll befriedigt. Diesem kann vorgebeugt werden, wenn man nur „Helipon" zum Haarwaschen verwendet, weil „Helipon" von allen Kopfwaschpulvern allein den echten Panamatee enthält. Dieser Panamatee ist nahezu wohlriechend und besitzt unbedingt die größte Wirksamkeit, die Haare wunderbar zu verschönern. Nur wenn man „Helipon" ausprobiert, kann man sich von dessen hervorragender Wirkung selbst überzeugen.

Verlangen Sie, bitte, im nächsten einschlägigen Geschäft ein Päckchen „Helipon"! Sollte es noch nicht vorrätig sein, so kann es schnell beschafft werden. 650

der Obhut des Nürnberger Ortsausschusses und des Gaues Franken. Im Namen des Gaues sicherte der erste Vorsitzende, Justizrat Morhand-Eichstädt, treue Pflichterfüllung an der ihm übertragenen ehrenvollen Aufgabe zu. Mit dem Vortrag von Reiters „Deutscher Volksruf" fand der für die Geschichte des Deutschen Sängerbundes höchst bedeutsame Festakt in der alten Meistersingerkirche seinen Abschluß.

⊙ **Das Stadttheater Aachen,** das unter der Leitung des Intendanten Sloli trotz der ungünstigen Verhältnisse im besetzten Gebiete in den letzten Jahren einen außerordentlich künstlerischen Aufschwung genommen hat, veröffentlicht den Entwurf des Spielplans für den kommenden Winter. Im Schauspiel findet man neben den Klassikern Grabbe und Wedekind, Barlach und Werfel, den jungen rheinischen Dichter Brües und den alten Inder Sutraka, Toller und Tolstoi, v. d. Goltz und Paquet vertreten, in der Oper dominieren Mozart und Wagner, daneben findet man d'Albert und Richard Strauß, Beethoven und Zemlinsky. An Uraufführungen sind zwei Werke von Brust im Schauspiel vorgesehen, in der Oper „Der steinerne Gast" von Dargomyzky, „Der Zwiebelmarkt" von Götz und „Ahasver" von Zschorlich. Dieses Programm wird durch eine Anzahl von Morgenfeiern und „Deutsche Festspiele" noch ergänzt.

⊙ **Theaterrundschau.** Die Wiesbadener Blätter wenden sich gegen die in der auswärtigen Presse verbreiteten Gerüchte, daß der Wiederaufbau des teilweise durch einen Brand zerstörten Staatstheaters infolge Geldmangels in Frage gestellt sei und stellt fest, daß sehr große Spenden zum Wiederaufbau bereits eingegangen sind. So hat die Wiener Bankvereinigung beschlossen, sich mit einem sehr namhaften Betrage — man spricht von 100 Millionen Mark — an dem Wiederaufbau zu beteiligen. — Maria Orska, die bekannte Berliner Darstellerin, hat sich entschlossen, nach Paris überzusiedeln und zur französischen Bühne überzugehen. Sie wurde von dem bekannten Lustspielfabrikanten Louis Verneuil, der in Paris ein eigenes Theater hat, für die Hauptrolle seiner nächsten Premiere verpflichtet. Frau Orska ist Russin von Geburt.

Kunst und Wissenschaft

⊙ **Die Münchener Glyptothek wird Staatseigentum.** Die bayerische Regierung hat jetzt dem Landtage einen Antrag betreffs Uebernahme der Glyptothek in München vorgelegt. Der Antrag ist eine Folge des Uebereinkommens, das der bayerische Staat mit dem früheren Königshause getroffen hat. Danach wird das schöne Gebäude Klenzes am Königsplatz samt dem dazugehörigen Grundbesitz unentgeltlich dem bayerischen Staat überlassen. Gleichzeitig muß der Staat die Kosten der Verwaltung der Plastiksammlungen in der Glyptothek übernehmen; daher die Nachtragsforderung zum Haushalt des Kultusministeriums. Fachmännischer Leiter der Sammlungen bleibt wie bisher im Nebenamte Geh.-Rat Dr. Paul Walters, ordentlicher Professor der Archäologie an der Universität. In Zukunft soll aber die Glyptothek mit der in der Pinakothek aufgestellten Sammlung antiker Kleinkunst, die bisher der Verwaltung der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates untersteht, zu einer Verwaltungseinheit unter dem Namen „Antiken-Sammlungen" zusammengefaßt werden.

⊙ **Wölfflin verläßt sein Lehramt.** Geh. Rat Prof. Dr. Heinrich Wölfflin, der Münchener Kunstgelehrte, wird von seinem Lehramt zurücktreten. Damit verliert die deutsche Gelehrtenwelt einen der bedeutendsten Köpfe unter ihren Kunsthistorikern. In Basel als Nachfolger Jakob Burckhardts, dann in Berlin auf dem Lehrstuhl Hermann Grimms, endlich in München seit 1912 hat Wölfflin nicht nur in seiner Wissenschaft schulbildend gewirkt. Mit seinen Schriften und nicht weniger mit seiner eindrücksamen Rede hat er weitere Kreise in künstlerischen Fragen führend beeinflussen können. Sein jetziges Ausscheiden aus dem Dienst der Universität, zu deren Zierden einst auch sein Vater Eduard Wölfflin gehört hatte, begründet er mit dem Wunsche, sich ganz literarischem Schaffen in der Schweiz, der Heimat seiner Familie, zu widmen.

⊙ **Der Lippesche Doktortitel.** Die „Deutsche Akademische Rundschau, Göttingen, teilt mit, daß die Regierungen der deutschen Hochschulländer sich entschlossen haben, die von der Fürst Leopold-Akademie in Detmold verliehenen akademischen Grade nicht anzuerkennen. Diese Entschließung sei darauf zurückzuführen, daß die neuerrichtete Hochschule ihrem ganzen Aufbau und Wesen nach einer wissenschaftlichen Hochschule nicht gleich erachtet werden könnte. Außerdem entsprechen die Zusammensetzung des Lehrkörpers, der Lehrplan, die Prüfungsordnungen und die Bestimmungen über die Zulassung der Studierenden nicht den Bedingungen, die an den deutschen wissenschaftlichen Hochschulen für die Erlangung akademischer Grade eingeführt seien.

⊙ **Bekämpfung des Kropfes.** Die österreichische Regierung unternimmt jetzt Schritte zur Bekämpfung der bekanntlich in gewissen Alpentälern sehr stark verbreiteten und bisher unausrottbaren Kropfkrankheit. In den Salzkammergut-Sudwerken wird mit Jod vermengtes Speisesalz erzeugt, das mit den Nahrungsmitteln einzunehmen ist und jene Menge Jod nicht übersteigt, die die Bewohner der Meeresküsten erfahrungsgemäß in sich aufnehmen, wo bekanntlich die Kropfkrankheit nicht vorkommt. Ein Zwang zur Verwendung des Jodsalzes besteht nicht.

MARCHIVUM

Zeitraum einer Woche festgelegt werden können, sondern in kürzeren Fristen, nötigenfalls sogar von Fall zu Fall nach Maßgabe der Dollarbewertung.

Die Wertmeßziffer in der Damenkonfektion und die Schlüsselzahl im Berliner Textil-Einzelhandel ist laut „Textil-Woche" vom 30. Juli auf 7600 festgesetzt worden.

Die Wäschekonfektion hat neue Zahlungsbedingungen festgesetzt. Während der Verband Deutscher Damenwäsche-Fabrikanten die Umrechnungskonditionen der Weber. (Umrechnung zum amtlichen Berliner Dollarbriefkurs am Tage nach Zahlungseingang) sich zu eigen gemacht hat, hat, wie die „Textil-Woche" erfährt, der Verband Deutscher Herrenwäsche-Fabrikanten den Versuch gemacht, zwischen den beiderseitigen Interessen zu vermitteln. Er verlangt eine telegraphische oder Eilbotenbenachrichtigung 2 Tage vor Absendung des Geldes und hält in diesem Falle an dem Briefkurs des Vortages der Zahlung fest. Erst wenn keine Benachrichtigung erfolgt, gilt der Briefkurs am Tage nach Eingang des Geldes. Vorauszahlungen sowohl in bar wie durch Akzept werden nach dem amtlichen Dollarbriefkurs des Zahlungstages umgerechnet. Die Damenwäschekonfektion hat ihre wahlweise Papiermarkkondition neben der Fremdwährungskondition weiter beibehalten.

= **Verfassungsfeier am 11. August.** Im Anzeigenteil vorliegender Ausgabe veröffentlicht der Oberbürgermeister wie der Landeskommissär das Programm für die Verfassungsfeier am 11. August, vormittag 11 Uhr im Nibelungensaal des Rosengartens. Reichstagsabg. Geck hält die Ansprache, die von gesanglichen und musikalischen Darbietungen umrahmt ist. Zur Teilnahme an dieser Feier ist die gesamte Bevölkerung ohne Unterschied des politischen und religiösen Bekenntnisses eingeladen. Die Einwohnerschaft wird aufgefordert, am 11. August die Häuser zu beflaggen. Näheres siehe Anzeige.

* **Bei dem Eisenbahnunglück in Kreiensen** ist auch eine Mannheimerin tödlich verunglückt. Aufgrund der vorgefundenen Ausweispapiere befindet sich unter den Toten auch Elise Doerr aus Mannheim. Die Mehrzahl der Verunglückten stammt aus Süddeutschland, so aus Hanau, Darmstadt, Stuttgart, München usw.

∫ **Ausgabe von Hilfsbanknoten über 1 Million Mark.** In den nächsten Tagen werden Reichsbanknoten mit dem Datum vom 25. Juli 1923 zu 1 Million Mark in den Verkehr gebracht werden. Die Note ist auf weißem Papier gedruckt und 80:185 mm groß. Das an der rechten Seite im Papier eingeformte Wasserzeichen stellt Distelblätter in ornamentaler Verarbeitung dar. Die Wirkung dieses Wasserzeichens wird dadurch erhöht, daß der Papierstreifen gelblich gefärbt ist und orangerote und grüne Fasern enthält. Die Wertangabe „Eine Million Mark" ist in großen lichten Buchstaben hergestellt. Rechts und links von den Unterschriften befindet sich je ein Stempel. An der linken Seite steht quer die Strafandrohung, rechts neben dem Wasserzeichen in roter Farbe die Reihenbezeichnung und Nummer. Näheres siehe Anzeige.

* **Teure Vergeßlichkeit.** Seine Vergeßlichkeit ist einem Pianisten von Neckarau teuer zu stehen gekommen. Er ließ im Closett eines Restaurants in Ludwigshafen seine Brieftasche mit 1 300 000 Mark und 21 Frankenscheinen liegen. Als er nach etwa 3 Stunden den Verlust bemerkte, war die Brieftasche mit Inhalt verschwunden.

= **Zugverkehr.** Der Zug 996 nach Darmstadt, der hier 7.22 Uhr abends abgeht, verkehrt von heute ab 7.52 Uhr abends.

∫ **Kaminbrand.** Infolge Glanzrußbildung entstand gestern nachmittag im Hinterhause T 2, 10 ein Kaminbrand, der durch die Berufsfeuerwehr mit dem Kaminfehrzeug gelöscht wurde.

∫ **An der Handels-Hochschule Mannheim** beginnt das Winter-Semester am 2. November. Das Vorlesungs-Verzeichnis ist soeben erschienen. Der Vorlesungsplan enthält wiederum eine Reihe neuer Vorlesungen, daneben sind wieder Sprachkurse vorgesehen für Französisch, Englisch, Italienisch und Spanisch.

* **Luftpostpakete nach Dänemark.** Fortan sind zur Luftpostbeförderung nach Dänemark auf der Linie Hamburg—Kopenhagen auch dringende Pakete zugelassen, die das Gewicht von 5 Kg. und eine Gesamtausdehnung (Höhe, Länge und Breite) von 110 Ztm. nicht überschreiten. Die Gebühren sind nach dem Gewicht und der Ausdehnung abgestuft. Ein Luftpostpaket bis 1 Kg. und bis 90 Ztm. Gesamtausdehnung kostet z. B. 5,65 Fr. und 25 000 Mk. Flugzuschlag. Die Verzollung und Aushändigung von Luftpostpaketen geschieht mit besonderer Beschleunigung.

= **Schließung der Zigarrengeschäfte am 2. August.** Die dem Verein zum Schutze des Tabakhandels Mannheim angeschlossenen Mitglieder haben in ihrer letzten Sitzung beschlossen, zum Zeichen des Protestes gegen die Auswüchse der Banderolensteuer am morgigen 2. August ihre Verkaufsgeschäfte geschlossen zu halten. Sie behalten sich vor, falls die Regierung in der Frage der Banderolensteuer kein Entgegenkommen zeigt, durch weitere Schließung ihrer Ladengeschäfte dem Protest noch besonderen Nachdruck zu verleihen.

Veranstaltungen

∫ **Wiener Operettenspiele Rosengarten.** Heute Mittwoch ist die letzte Aufführung der erfolgreichen Operette „Don Cesar". In Vorbereitung befindet sich für Samstag die beliebte Operette „Ein Walzertraum".

Aus dem Lande

× **Bühl**, 30. Juli. Die mysteriöse Entführungsgeschichte mit der Tochter des Buchbinders Leopold Rapp hat jetzt ihre Aufklärung gefunden. Fred Hildenbrand, der auf die telegraphische Benachrichtigung der Bremerhavener Schiffspolizei von der Festnahme der Rapp, sich dorthin begab, ist mit der angeblich entführten Helene Rapp in Bühl wieder eingetroffen. Die ganze Angelegenheit hat nun ihre Aufklärung dahin gefunden, daß in dem jugendlichen Gemüt des Mädchens nach dem Besuch einer Kinovorstellung, in der eine Entführungsgeschichte gegeben wurde, der Wunsch entstand, diese vorzutäuschen, um auf solche Weise nach einem Hafen zu gelangen und vielleicht auch nach Amerika, um Dollars zu verdienen. Der Zufall wollte, daß ihr eine größere Summe als Reisegeld zur Verfügung stand.

* **Villingen**, 30. Juli. Ende Juli Reif, gehört auch in unserer Höhenlage gerade nicht zu den Alltäglichkeiten! Den Frühaufstehern bot sich am 28. Juli dieser in der jetzigen Hochsommerzeit merkwürdig anmutende Anblick. Die Fluren waren bei den ersten Sonnenstrahlen dicht mit Reif überzogen, der hoffentlich den Kartoffeln und Gartengewächsen nichts geschadet hat. Die schöne Witterung dauert nach dem Hochstand des Wetterglases auch weiterhin an.

* **Wollmatingen** bei Konstanz, 29. Juli. Seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht hat der 83 Jahre alte Peter Greis, der „Alt Beck Kreis". Es ist dies im Verlauf weniger Monate der dritte hier vorgekommene Selbstmord.

Nachbargebiete

Ludwigshafen, 1. Aug. In der Nacht zum Dienstag wurden durch Unbekannte am Ludwigshafener Strandbadplatz aus einer Verkaufsbude zum Nachteil eines Händlers von hier 10 Pfund Fleisch, 4 Pfund Nußschinken und 2 Pfund Schinkenwurst im Werte von 2 Millionen Mark gestohlen.

(?) **Kaiserslautern**, 30. Juli. Ein schweres Bauunglück hat sich auf dem Bahnbrunnerhof ereignet, dessen Besitzer zur Zeit von dem Maurermeister Ph. Schwehm vom Wiesenthaler Hof einen Doppelanbau ausführen läßt. Als von 5 Personen Steine auf das Gerüst getragen wurden, stürzte eine Giebelmauer zusammen und verletzte die 5 Personen so schwer, daß sie ins Krankenhaus nach Kaiserslautern gebracht werden mußten. Der eine der Verletzten schwebt in Lebensgefahr. Der Grund des Mauereinsturzes soll lt. „Pfälz. Rundschau" in der unfachgemäßen Bauarbeit zu suchen sein.

?? **Bergzabern**, 30. Juli. Ein bedeutender Reblausherd ist nach einer Meldung des örtlichen Beobachters in Attenhofen (Südpfalz) entdeckt worden. Der gefundene Reblausherd zeigt trotz seines geringen Alters schon eine beträchtliche Ausdehnung mit abgestorbenen Stöcken. Die erforderlichen Absperrungsmaßnahmen sind [illegible]

Gerichtszeitung

Häußer, der Unbedingte in Moabit.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich der „Wanderapostel" Ludwig Häußer, der über eine große Anhängerschaft verfügt und der sich schon wiederholt wegen verschiedener Ausschreitungen verantworten mußte, aufs neue dem Richter zu stellen. Vor kurzem erhielt er in Oldenburg wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik eine Gefängnisstrafe von einem Jahr neun Monaten, die er gegenwärtig im Gefängnis zu Vechta verbüßt. Gestern wurde er in Begleitung von zwei seiner Jüngerinnen, die die Kosten der Ueberführung selbst getragen haben, nach Berlin gebracht und von einem größeren Aufgebot seiner Anhänger auf dem Lehrter Bahnhof stürmisch begrüßt. Häußer bezeichnet sich selbst als den neuen Heiland, als Christus Häußer, Weltkaiser Häußer, als Häußer, der Unbedingte. Vor Gericht erschien er in „weltlicher" Kleidung, da er durch die Gefängnisordnung gezwungen war, seine Kutte abzulegen und sich dem Schermesser zu unterwerfen. Nur der lange Bart ist ihm geblieben. Auch seine Füße hat er mit Stiefeln bekleiden müssen. Er ist gegenwärtig sehr leidend, und wurde von den ihn begleitenden Beamten gestützt. Das war wohl auch der Grund, weshalb er diesmal der Aufforderung des Vorsitzenden Folge leistete und keine langen Reden hielt. Bei beiden Anklagefällen handelte es sich um Geringfügigkeiten. Die erste Anklage lautete auf Betrug. Häußer soll Inserate aufgegeben haben mit der Absicht diese nicht zu zahlen. Der Angeklagte bestritt, die Absicht einer Täuschung gehabt zu haben. Er habe in ganz Deutschland Milliarden für Reklame ausgegeben und sei keinen Pfennig schuldig geblieben. Die Rechnung habe nur unter der Adresse seines Freundes Fritz Kiel an ihn abgeschickt werden sollen. Der als Zeuge vernommene Fritz Kiel, der sich als gewesener Kaufmann und jetziger Wahrheitsredner bezeichnete und den religiösen Eid ablehnte, bestätigte diese Angabe. Das Gericht kam entsprechend dem Antrage der Verteidigung zu einer Freisprechung in diesem Falle.

Die zweite Anklage lautete auf Widerstand und Beleidigung. Im Juni vor. Jahres war Häußer mit einer Schar seiner Jüngerinnen von Oranienburg gekommen und die Gesellschaft hatte sich mit großen Stößen der Zeitung „Häußer" in der Vorhalle des Stettiner Vororibahnhofs aufgehalten. Als der Bahnhofsschaffner sie hinausverwies, soll Häußer dem Beamten zugerufen haben: „Sie Quatschkopf, Sie sind wohl verrückt", so daß er erst mit Gewalt aus der Halle herausgebracht werden mußte. Häußer erklärte, daß er nur eine spaßige Bemerkung gemacht habe, und daß der Beamte, der ihm und seinen Freunden wegen ihrer Kutten und langen Haare nicht wohl gesinnt sei, das falsch aufgefaßt habe. Da sich Widerstand aus der Beweisaufnahme nicht nachweisen ließ, kam das Gericht in diesem Punkt zu einer Freisprechung und verurteilte Häußer lediglich wegen Beleidigung zu 50 000 Mark Geldstrafe. Häußer nahm das Urteil sofort an und wurde ins Gefängnis zurückgeführt, nachdem seine Anhänger und Anhängerinnen von ihm rührend Abschied genommen hatten.

Sportliche Rundschau

Radsport

* **Radsport in Mannheim.** Am Sonntag hielt der Radfahrerbund „Rhenania", Mannheim-Käfertal, ein Rennen über 66 Km. für A- und B-Klassen, offen für alle lizensierte Fahrer der D. R. U. Mannheims ab. Die Veranstaltung war durch die Rennleitung sehr gut organisiert. Die sportlichen Leistungen waren sehr gut, die Fahrer trafen in der Reihenfolge ein, wie sie in sportlichen Kreisen vor der Abfahrt bewertet wurden. Der Favorit, Mitglied der Radfahrergesellschaft 1896 Mannheim, Haberkorn, fuhr das Rennen mit großer Ueberlegenheit. Er nahm vom Start an die Führung, und bereits nach 10 Kilometer hatte er schon einen bedeutenden Vorsprung, den er bis Schluß des Rennens auf über 10 Minuten vergrößerte. Die einzelnen Ergebnisse: A-Klasse: 1. Haberkorn, 1:52:00, 2. Hoffmann (R.G. 1896), 3. Kirsch, 4. Weni, 5. Kaufmann, 6. Schmitt, 7. Keiser, 8. Konrad, 9. Weigold, 10. Burkard, 11. Weber, 12. Rihm, Peter. Die B-Klasse, die eine sehr gute Zeit erzielte, wurde ebenfalls von einem Mitglied der Radfahrer-Gesellschaft 1896, Mannheim, überlegen gewonnen. 1. Quierin, 2. Dambach, 3. Fries, 4. Leitz, 5. Menz (48 Jahre).

Boxen

* **Criqui geschlagen.** Der Franzose Eugene Criqui, der sich kürzlich von Kilbane den Titel als Weltmeisterboxer im Federgewicht eroberte und in seiner Heimat als Nationalheld gefeiert wurde, durfte sich seines Triumphes nicht lange erfreuen. Er wurde in Newyork von dem Amerikaner Johnny Dundee glatt nach Punkten geschlagen.

Rudersport

* **39 Meldungen zu den deutschen Rudermeisterschaften.** Das am 21. August auf der Grünauer Rennstrecke stattfindende Deutsche Meisterschaftsrudern 1923 hat trotz der Ungunst der Zeiten ein recht gutes Meldeergebnis aufzuweisen. 30 Vereine aus allen Teilen des Reiches, ferner aus Wien und Linz, nannten 39 Boote mit 109 Ruderern für die 5 Meisterschaftsrennen. Besonders begrüßenswert sind die Meldungen aus den besetzten Städten Godesberg, Koblenz und Köln. Sport Borussia-Berlin hat seine Ueberlegenheit im Vierer und Achter gegen alle nord- und mitteldeutschen Vereine mehrfach unter Beweis gestellt. Man darf gespannt sein, wie sich die süddeutschen Mannschaften zu den Sportborussen halten werden. Im Einer interessiert vor allem das Zusammentreffen von Dr. Reinhold (Germania-Tegel) mit Flinsch (Frankf. R.-V.) und dem vorjährigen Meister E. Leux (Germania-Frankf.) Nachstehend die genaue Meldeliste: Einer (11 Meldungen): Hoffmann (Berliner R.-C.), Scholz (Sturmvogel-Berlin), Jacobs (Hansa-Hamburg), Abelt (R.-Ges. Koblenz), Hoberfel (Pirat-Wien), Kutkowski (Berliner R.-C.), Losert (Wiking-Linz), Flinsch (Frankf. R.-V.), E. Leux (Germania-Frankf.), Dr. Reinhold (Germania-Tegel), Bork (Oberrad-Frankf.). — Zweier o. St. (7 Meldungen): Germania-Köln, R.-C. am Wannsee, Oberweser R.-V.-Bremen, R.-V. Lößnitz, Alemannia-Hamburg, Wiking-Leipzig, Kl. f. Wassersport Köln. — Doppelzweier (8 Meldungen): Favorite Hammonia-Hamburg, Dresdner R.-V., Frankfurter R.-C., Pirat-Wien, R.-V. 89-Frankfurt a. O., Wiking-Linz, Wassersportv. Godesberg, Hansa-Hamburg. — Vierer o. St. (9 Meldungen): Alemannia-Hamburg, Nassovia-Höchst, Sport Borussia-Berlin (zwei Boote), Hamburger R.-C., Donauhort-Wien, R.-C. am Wannsee, Lübecker R.-C., Undine-Offenbach. — Achter (4 Meldungen): Sport Borussia-Berlin, Berliner R.-C., Kl. f. Wassersport Köln, R.-V. 1875-Würzburg.

Kommunale Chronik

Genehmigung einer städtischen Getränkesteuerordnung durch den Karlsruher Bürgerausschuß

Der Bürgerausschuß Karlsruhe beriet über die Vorlage einer städtischen Getränkesteuerordnung, die an die Stelle der bisher geltenden Verbrauchssteuerordnung treten soll. Das Reichsfinanzausgleichsgesetz vom 23. Juni d. J. gestattet jetzt den Gemeinden, — deren dringende Finanznot anerkannt wurde — mit Genehmigung der Landesbehörden Getränkesteuern, entweder nach dem Kleinhandelspreis oder nach der Menge des steuerbaren Getränkes zu erheben, die jedoch, wenn sie nach dem Kleinhandelspreis erhoben werden, nicht 5 v. H., für Schaumwein und Trinkbranntwein nicht 15 v. Hundert übersteigen dürfen. Die Karlsruher Gemeindegetränkesteuer ist, wie Bürgermeister Dr. Kleinschmidt in seinem Vortrag betonte, aus finanziellen Gründen unbedingt notwendig. Die Stadt, die jeden Morgen vor der Frage steht, ob sie die Zahlungen weiterführen kann, braucht laufende Einnahmen, zumal die Einnahmen dauernd hinter den Ausgaben zurückbleiben. Die Art der Erhebung ist so einfach wie möglich. Da eine Erfassung beim Einzelverbrauch große Kosten verursachen würde, bleibt es bei dem bisherigen System, die Steuer bei den Produzenten und Wiederverkäufern sowie bei der Einfuhr in die Stadt nach Ansatz des jeweiligen Kleinhandelspreises zu erheben. Die Steuern sollen nach dem Kleinhandelspreis prozentual erhoben werden, weil sie sich dadurch jederzeit dem Geldwert automatisch anpassen.

In der ausführlichen Debatte wurde eine Reihe von Anträgen gestellt. Von mehreren Rednern wurde bedauert, daß man bei Schaumwein und Branntwein nicht höher als 15 Prozent gehen könne. Das Bier müßte, da es doch bis zu einem gewissen Grad ein Volksgetränk sei, und es namentlich von Schwerarbeitern konsumiert werde, geringer besteuert werden. Die beantragte Freilassung der alkoholfreien Getränke wurde mit der Notwendigkeit begründet, die Abstinenz- und Mäßigkeitsbewegung zu unterstützen. Bürgermeister Dr. Kleinschmidt teilte auf Anfrage mit, daß die Stadt mit einer monatlichen Einnahme von einer halben Milliarde rechne. Die Abstimmung hatte das Ergebnis, daß die in der Vorlage beantragten Steuersätze bewilligt wurden, lediglich die alkoholfreien Getränke sollen frei bleiben. Auch der Wein für Krankenzwecke soll von der Steuer befreit werden.

Kleine Mitteilungen

Die Heidelberger Straßen- und Bergbahn A.-G. hat die Fahrpreise erhöht: für 1—3 Teilstrecken auf 6000 ℳ (Wochenkarten für 12 Fahrten 30 000 Mark, Monatskarten 230 000 Mark), für 4—6 Teilstrecken auf 8000 Mark (Wochenkarten 35 000 ℳ und Monatskarten 280 000 ℳ), für 7—9 Teilstrecken 10 000 ℳ (40 000 und 330 000 ℳ), für 10—12 Teilstrecken auf 12 000 ℳ (45 000 und 380 000 ℳ. Auf der Bergbahn kostet die einfache Fahrt bis zur Molkenkur 8000 ℳ von da bis zum Königstuhl 16 000 ℳ, die Rückfahrkarte 12 000 bezw. 24 000 ℳ.

In Mainz ist Bürgermeister a. D. Geh. Baurat Ferdinand Kuhn im Alter von 72 Jahren gestorben. Kuhn leitete 34 Jahre hindurch das Mainzer Stadtbauwesen und die technischen Betriebe der Stadt. Bei seinem Ausscheiden im Jahre 1915 wurde er zum Ehrenbürger ernannt. Kuhn hat sich auf städtebaulichem Gebiet — fällt doch in seine Amtstätigkeit die Freilegung und Erweiterung der Stadt durch die Beseitigung des alten engen Festungsgürtels — große Verdienste erworben.

Neues aus aller Welt

— **Ein furchtbares Explosionsunglück** ereignete sich Mittwoch nachmittag in den Metall- und Farbwerken zu Oker. In der Kupferhütte geriet ein vier Zentner schweres Messingstück, das anscheinend noch aus dem Kriege stammt und mit einer Sprengladung gefüllt war, in den Kupferofen. Mit einer gewaltigen Detonation barst der Ofen auseinander und das Messingstück flog mit furchtbarer Wucht durch das Dach ins Freie. Das Dach der Kupferhütte ist vollständig abgedeckt und im Innern der Hütte enormer Schaden angerichtet worden. Die ganze Belegschaft war durch den Luftdruck zu Boden geschleudert. Vier Personen — zumeist aus Oker und Goslar — haben Verbrennungen und Kopfverletzungen erlitten. Sechs weitere Arbeiter und der Betriebsleiter Hahig erlitten leichtere Verletzungen, nur zwei Arbeiter blieben unverletzt. Der Materialschaden ist außerordentlich groß.

— **Ein goldenes Hehlernest.** Der Agent B. in Hamburg erhielt von einem Kaufmann K. einen außerordentlich wertvollen Brillantring zum kommissionsweisen Verkauf. B. verkaufte den Ring zu einem Spottpreis und verwandte das Geld für sich. Kriminalbeamte ermittelten den Ring in dem Schaufenster eines Juweliergeschäftes am Alten Steinweg zu Hamburg. Da der Ring in den Geschäftsbüchern nicht eingetragen war, nahmen die Beamten Veranlassung, das Geschäftslokal zu „überholen", weil Verdacht bestand, daß weitere Hehlerwaren aufgekauft sein könnten. In einem Geldschranke wurden 74 goldene Herrenuhren, 84 goldene Damenuhren, sowie eine Kiste mit 52 Trauringen, sämtlich gezeichnet, vorgefunden. Mit diesen wurden weiter beschlagnahmt vier mit Brillanten besetzte Platinkolliers, 58 goldene Armbänder, 20 Brillantringe, 21 Siegelringe, eine Chatelaine mit drei goldenen 20-Markstücken und eine goldene Preismünze sowie 7 Vorstecknadeln. Da der Erwerb aller dieser Sachen, die einen Wert von schätzungsweise 1½ Milliarden ℳ ausmachen, nicht nachgewiesen werden konnte, so wurden sämtliche Schmucksachen beschlagnahmt. Ferner wurden 402 Dollar mit Beschlag belegt. Für die Steuerverwaltung wurde für eventuell erfolgte Steuerhinterziehung ein Betrag von 50 Millionen Mark in Goldwaren beschlagnahmt.

— **Die Liebespost.** Wie der „Frankf. Ztg." aus Stockholm berichtet wird, fand König Gustav von Schweden dieser Tage folgenden Brief unter seiner Korrespondenz: „Geliebter, Montag um 8 Uhr erwarte ich Dich am Odinplatz. Ich werde bis 7 Uhr da bleiben, laß mich nicht zu lange warten. Deine Ester." Der König war einen Augenblick sprachlos vor Erstaunen. Dann untersuchte er sorgfältig den Briefumschlag und fand, daß der Poststempel den Namen des wirklichen Adressaten verborgen hatte, nämlich: Stibenson, Matrose an Bord des Schulschiffes S. M. Gustav V. Da nur der Name des Königs sichtbar geblieben war, hatte die Post den Brief in der königlichen Residenz abgeliefert. Auf Befehl des Königs erhielt der Matrose Stibenson Urlaub, und er ließ Ester nicht warten.

— **Lebensrettung mit dem Flugzeug.** Der rasche Transport des neuen Zuckerheilmittels Insulin mit einem Flugzeug der Luftlinie Paris—London rettete der Frau eines französischen Arztes das Leben. Die Dame war plötzlich von schweren Erscheinungen der Zuckerkrankheit befallen und ihr Mann, der von den günstigen Erfolgen des neuen Mittels wußte, suchte vergeblich, das Serum in Paris zu erhalten. Ein englischer Freund erbot sich nun, nach London zu fliegen und dort eine Dosis zu holen. Man stellte ihm für diesen menschenfreundlichen Zweck ein Freibillet zur Verfügung und er kehrte am nächsten Tage mit dem Insulin zurück, das auf die Leidende sehr günstig wirkte. Seitdem hat man auf weniger kostspieligem Wege neuen Vorrat erhalten. Das Insulin wird bisher in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien hergestellt; es kann aber aus England noch nicht in größeren Mengen ausgeführt werden, weil die erzeugten Mengen noch nicht genügen, den Bedarf im Inland zu befriedigen.

Literatur

* **Natur- und Kunstdünger, ihre Zusammensetzung, Anwendung und Wirkung bei unseren Pflanzen.** Von Landwirtschaftsrat K. Müller, Verbandssekretär beim Verband bad. landw. Genossenschaften, Karlsruhe, 3. verbesserte Auflage. Zu beziehen durch den Verband bad. landw. Genossenschaften, Karlsruhe, Lauterbergstr. 3. Das Büchlein enthält alles Wissenswerte über Dünger und Düngen. Natur- und Kunstdünger, ihre Zusammensetzung, Anwendung und Wirkung werden eingehend behandelt. Die volkstümlich geschriebene Broschüre sollte in die Hände aller Landwirte und Interessenten kommen.

Briefkasten

Wir bitten für den Briefkasten bestimmte Einsendungen auf dem Umschlag als solche kenntlich zu machen. Mündliche Auskünfte können nicht gegeben werden. Beantwortung juristischer und medizinischer Fragen ist ausgeschlossen. Jeder Anfrage ist die letzte Bezugsquittung beizufügen. Anfragen ohne Namensnennung werden nicht beantwortet.

Umsatzsteuer. Wir werden das Problem in einer der nächsten Nummern der Beilage „Gesetz und Recht" eingehend behandeln. Wenn die Ware direkt von der Firma an den Käufer geht, ohne daß sie in Ihren unmittelbaren Besitz gelangt — das Eigentumsrecht scheidet hierbei ganz aus — und Sie im eigenen Namen und für eigene Rechnung verkauft haben, so unterliegt Ihr Nutzen nicht der Umsatzsteuer. Verkaufen Sie die Ware dagegen im Namen und für Rechnung der Firma, so ist Ihr Gewinn, sei es in Gestalt einer Provision oder eines erhöhten Verkaufspreises in jedem Falle umsatzsteuerpflichtig.

Einkommensteuer. Für den Gewerbetreibenden, der unter den gleichen Verhältnissen lebt und das gleiche Einkommen bezieht wie der Heimarbeiter gelten hinsichtlich der Einkommensteuer die gleichen Bestimmungen. Der Gewerbetreibende ist ebenfalls einkommensteuerfrei. Dagegen bleibt er mit der Umsatzsteuer, die übrigens nicht 2% des Einkommens, sondern des erzielten Umsatzes beträgt, und mit der Gewerbesteuer belastet. Er hat jedoch die Möglichkeit, diese Steuern durch Einkalkulation in den Verkaufspreis auf den Käufer abzuwälzen.

M. L. Verhält sich der Fall so, wie Sie ihn schildern, daß Sie einwandfreie Zeugen haben, dann kann Ihre frühere Braut keine Ansprüche geltend machen. Auf alle Fälle wird es gut sein, Sie übergeben die Angelegenheit einem Rechtsanwalt, der Ihnen genaue Auskunft geben kann.

Ha. In der Angelegenheit wenden Sie sich am besten an einen Rechtsanwalt.

Umsatzsteuer. Die Einnahmen aus einem möblierten Zimmer sind zu 2% umsatzsteuerpflichtig.

L. G. Fragen Sie bei dem amerikanischen Konsulat in Stuttgart, Gerberstr. 1, an. — Ueber Ihre zweite Anfrage müssen Sie sich schon an einen Rechtsanwalt wenden.

Naturalpacht. Hierüber können wir Ihnen keine Auskunft geben. Da müssen Sie sich schon mit Ihrem Pächter einigen.

MARCHIVUM

Gesetz und Recht

Das neue Mieterschutzgesetz

Das Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom Juli 1923 bringt eine eingehende Neuregelung des Mieterschutzrechtes und des Verfahrens vor den Mieteinigungsämtern. Ein Mietvertrag, der abläuft, verlängert sich ohne weiteres, falls nicht etwa der Mieter selbst den Mietvertrag ausdrücklich gekündigt hat. Eine Kündigung des Vermieters ist nicht mehr zulässig. Will der Vermieter ein Mietverhältnis beendigen, so muß er eine Aufhebungsklage beim Amtsgericht erheben. Diese Klage war dem bisherigen Rechte unbekannt, sie ist nur aus wenigen, im Gesetz ausdrücklich genannten Gründen zulässig. Liegen diese Gründe vor, so hat der Vermieter einen Rechtsanspruch auf Aufhebung des Mietverhältnisses. Das Gericht muß auf Aufhebung erkennen und den Mieter zur Räumung verurteilen, während nach dem bisherigen Recht das Mieteinigungsamt auch in solchen Fällen die Zustimmung zur Kündigung verfügen konnte.

Die Aufhebung eines Mietverhältnisses ist nur aus folgenden Gründen zugelassen:

1. Wenn der Mieter oder ein Angehöriger seines Hausstandes oder Geschäftsbetriebes den Vermieter oder einen Hausbewohner erheblich belästigt. Ferner, wenn der Mieter oder ein Angehöriger seines Hausstandes oder Geschäftsbetriebes den gemieteten Raum oder das Haus durch unangemessenen Gebrauch erheblich gefährdet oder wenn der Mieter unbefugt einem dritten den Mietraum überläßt. Der Vermieter muß den Mieter jedoch zunächst auffordern, sein Verhalten einzustellen. Die Aufhebung ist nur zulässig, wenn der Mieter trotz dieser Aufforderung sein Verhalten fortsetzt oder es unterläßt, eine ihm mögliche Abhilfe zu schaffen. Die Aufforderung ist nicht notwendig, wenn das Verhalten des Mieters derart war, daß dem Vermieter die Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht zugemutet werden kann. Der Vermieter muß die Klage sechs Monate nach Kenntnis von dem Aufhebungsgrund anstrengen. Er darf sie nicht mehr erheben, wenn seit dem Entstehen des Aufhebungsgrundes ein Jahr verstrichen ist.

2. Die Aufhebung ist ferner zugelassen, wenn der Mieter seine Miete nicht bezahlt, jedoch nur, wenn der Mieter bei monatlicher Miete mit der Miete für zwei Monate, bei Vierteljahresmiete mit der Miete für ein Vierteljahr im Rückstande ist. Unverschuldete Unkenntnis über die Höhe des Mietzinses oder den Zeitpunkt der Fälligkeit begründet keinen Aufhebungsanspruch. Bezahlt der Mieter, bevor ein Urteil gegen ihn ergangen ist, oder kann er gegen die Mietzinsforderung aufrechnen, so ist eine Aufhebung ebenfalls nicht zulässig.

3. Das Mietverhältnis ist ferner aufzuheben, wenn dies besonders Interessen des Vermieters erfordern. Das Gesetz bestimmt, daß der Vermieter auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen kann, wenn für ihn aus besonderen Gründen ein so dringendes Interesse an der Erlangung des Mietraums besteht, daß auch bei Berücksichtigung der Verhältnisse des Mieters die Vorenthaltung eine schwere Unbilligkeit für den Vermieter darstellen würde. Es sind also die beiderseitigen Interessen von Vermieter und Mieter gegeneinander abzuwägen und das Gericht hat nach Billigkeit zu entscheiden. Die Absicht des Vermieters, die Räume selbst in Gebrauch zu nehmen, oder sie Angehörigen zu überlassen, rechtfertigt allein die Aufhebung nicht. Es soll hierdurch verhindert werden, daß sich jemand lediglich durch den Ankauf eines Hauses den Besitz einer Wohnung verschafft. Zu Gunsten des Mieters soll berücksichtigt werden, wenn dieser im Einvernehmen mit dem Vermieter bauliche Arbeiten mit erheblichen Kostenaufwand hat vornehmen lassen.

Das Gericht kann, wenn die Klage auf die vorerwähnten Gründe gestützt ist, das Mietverhältnis auch lediglich für einen Teil der gemieteten Räume aufheben. Als Beispiel ist im Gesetz der Fall aufgeführt, daß der Vermieter Nebenräume, etwa Dachkammern oder entbehrliche Räume einer Wohnung zu einer selbständigen neuen Wohnung umbauen will.

Wird das Mietverhältnis wegen Raumbedarf des Vermieters aufgehoben, so kann das Gericht auf Antrag des Mieters den Vermieter verpflichten, dem Mieter die für den Umzug innerhalb des Gemeindebezirks erforderlichen Kosten ganz oder teilweise zu erstatten, wenn dies nach Lage der Sache, insbesondere nach den Vermögens- und Erwerbsverhältnissen der Vertragsteile, der Billigkeit entspricht. Das Gericht kann in dem Urteil ferner aussprechen, daß eine Beschlagnahme des Mietraums nach der Räumung durch die Gemeindebehörde unter bestimmten, im Urteil zu bezeichnenden Voraussetzungen ausgeschlossen ist. Damit wird dem Vermieter die Sicherheit gegeben, daß er die freigemachten Räume auch tatsächlich erhält.

(Forts. folgt.)

Die neue Vermögensabgabe

Noch steht die Veranlagung für die Zwangsanleihe aus, da ist rasch und ganz geräuschlos eine weitere Vermögensabgabe Gesetz geworden, die weit über alle bisherigen Eingriffe in das Vermögen hinausgeht. Nach ihrem Zweck läßt sie sich kurz Brotversorgungsabgabe nennen. Wir haben bereits in Nr. 331 vom 21. Juli durch eine Notiz der hiesigen Handelskammer darauf hingewiesen. Sie ist in einem Paragraphen des Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 vom 26. 6. 1923 auferlegt. Ohne jede Aufforderung ist sie zahlbar zur Hälfte am 1. August 1923, zur Hälfte am 2. Januar 1924. Wird sie nicht im Laufe des Fälligkeitsmonats bezahlt, so wächst sie monatlich um 15 Prozent, vom vierten Monat ab um 30 Prozent monatlich. Es gibt keinerlei besondere Vorschriften über Stundung oder Ermäßigung. Wird dennoch aus besonderen Gründen Stundung erteilt, so soll es nicht anders als gegen 5—10 Prozent Monatszinsen und gegen Sicherheit geschehen.

Von dieser einmaligen Abgabe werden alle betroffen, die am 31. 12. 1922 vermögenssteuerpflichtig waren, natürliche, juristische Personen und Vermögensmassen. Das Brotversorgungsgesetz hat rückwirkend auf den 31. 12. 1922 eine Steuerschuld entstehen lassen wollen, deren Fälligkeit aber hinausgeschoben ist. Diese Feststellung ist wichtig. Aus ihr ergibt sich, daß ein inzwischen Verstorbener, der zwangsanleihepflichtig war, noch besteuert wird, die Abgabeschuld geht auf seinen Nachlaß. Es ist ferner abgabepflichtig der im April dieses Jahres ins Ausland verzogene Ausländer. Veränderungen des Vermögensstandes seit dem 1. 1. 1923 sind ohne Einfluß auf die Abgabe. Selbst, wer seitdem sein ganzes Vermögen verloren hat, muß bezahlen. Die Höhe der Abgabe bemißt sich nach Stand und Wert des Vermögens vom 31. 12. 22, also nach der im April 1923 abgegebenen Vermögenssteuererklärung. Wer Zwangsanleihe nicht zu zahlen hatte, wer also am 31. 12. 22 nicht über 400 000 Mark Vermögen besaß (bei Klein- und Altersrentnern ist die Grenze wesentlich höher) bleibt auch von der Brotversorgungsabgabe frei. Eine Änderung des Zwangsanleihebetrages im Veranlagungs- oder Rechtsmittelverfahren wirkt ohne weiteres auch auf die Brotversorgungsabgabe. Selbständige Rechtsmittel gegen diese sind nicht zulässig.

Da der Abgabepflichtige die Höhe seiner Abgabe selbst berechnen muß, so sollte man annehmen, daß ihm diese Berechnung sehr leicht gemacht ist. Das ist aber nicht geschehen. Solange der Zwangsanleihebescheid nicht zugestellt ist, bestehen alle Zweifel ungelöst fort, die für deren Veranlagung aufgeworfen sind, z. B. Zweifel über die Bewertung von G. m. b. H.-Anteilen, Aktien ohne Steuerwert, über den Charakter des Gebäudes (Mietshaus, Villa oder vermietetes gewerbliches Grundstück) über die Höhe und Zulässigkeit des Dreimonatsabzuges usw. Berechnet der Steuerpflichtige seine Abgabe zu gering, so hat er 15 Proz. Aufschlag monatlich auf den zu wenig bezahlten Betrag zu tragen, ob er entschuldbar irrte, ist gleichgültig. Bezahlt er zuviel, so erhält er sein Geld mit 5 Proz. Zinsen oder wahrscheinlich nicht so bald und sehr entwertet zurück. — Die Abgabe wird nun aber nicht vom ganzen zwangsanleihepflichtigen Vermögen bezahlt. Es sind vielmehr gewisse Vermögensgegenstände auszuscheiden, nämlich die, welche die Geldentwertung am wenigsten mitgemacht haben. Und hier treten neue Zweifel auf. Auszuscheiden sind die Mietshäuser und kleineren Villen mit weniger als 50 000 Mk. Steuerwert, die Bauplätze, die festverzinslichen inländischen Wertpapiere, ausländische festverzinsliche Wertpapiere mit niedrigerer Valuta (Oesterreich, Ungarn, Rußland), Vermögensgegenstände, die mit dem Marktpreise oder Kurswert vom 31. 12. 1922 einzusetzen waren, endlich Hypotheken in Reichsmark. Ob Barbestände, Bankguthaben und nicht hypothekarisch gesicherte Forderungen ebenfalls abzusetzen sind, erscheint zweifelhaft. Rechtsanwalt Fürmwr bejaht in den „M. N. N." vom 19. Juli diese Frage, während Justizrat Dr. Wünschmann in den „Leips. N. N." sie unter Berufung auf den Gesetzestext verneint, wenn er auch zugibt, daß eine derartige Auslegung allen vernünftigen Ueberlegungen Hohn spricht. Was helfen es nun, wenn das Gesetz sagt, daß von jenen Teilen des Vermögens die Brotabgabe nicht erhoben werden soll? Bei 5 000 000 Mark Vermögen betrug die Zwangsanleihe 294 000 Mk. Sind nun 2 000 000 Mark abgabefreie Vermögensteile vorhanden, so sind zwei Rechnungen möglich. Das abgabefreie Vermögen beträgt ein Drittel des zwangsanleihepflichtigen Vermögens, also die Abgabe zwei Drittel von 294 000 Mark, d. i. 196 000 Mark. Man kann aber auch den Zwangsanleihebetrag auf 5 000 000 — 2 000 000 = 4 000 000 errechnen, der nur 144 000 Mark ausmacht. Da die letztere Berechnung für den Steuerpflichtigen die günstigere ist und das Gesetz selbst über die Frage schweigt, so wird man diese zugrundelegen können, wobei man jedoch gefaßt sein muß, daß die Frage von seiten der Finanzämter wohl umgekehrt beantwortet werden wird. Wie steht es, wenn nach Abzug der abgabefreien Teile weniger als 400 000 Mark, die bei der Zwangsanleihe frei waren, übrig bleiben? In Anlehnung an die obige Auslegung müßte ein derartiger Pflichtige abgabefrei sein. Werden abgabefreie Vermögensteile ausgeschieden, so müssen auch die Schulden mit ausgeschieden werden, die zu ihnen in besonderer Beziehung stehen. Das ist von besonderer Bedeutung für alle Hypotheken. Hatte jemand 5 000 000 Mark Rohvermögen, darunter ein Wohnhaus mit 2 000 000 Mark und an Schulden 600 000 Mark Hypotheken, so wäre die Rechnung 5 000 000 — 2 000 000 — 600 000, also abgabepflichtiges Vermögen 2 400 000 Mark nicht richtig. Statt dessen müßte angesetzt werden, 5 000 000 — 2 000 000, also abgabepflichtig 3 000 000 Mark. Diese Auslegung entspricht allgemeinen Steuergrundsätzen. Das Gesetz schweigt auch hierüber. Der Steuerpflichtige muß die abgabefreien Teile bei der Zahlung bezüglich Art und Umfang nachweisen. Völlig unklar ist, wie das Gesetz sich den Nachweis der Art und des Umfangs der freien Vermögensteile denkt. Ist ferner die Ausscheidung nur möglich, wenn die freien Vermögensteile bei der Zahlung nachgewiesen werden, oder genügt auch ein späterer Nachweis. Diese kurze Aufzählung mag veranschaulichen, welche Menge von Zweifel das Brotversorgungsgesetz in sich birgt. Es wäre dringend geboten, daß der Reichsfinanzminister schleunigst durch eine Ausführungsverordnung die nötige Aufklärung schafft.

Die Abgabe selbst ist wertbeständig gemacht. Ausgehend von einem Mindestbetrag des Sechsfachen der Zwangsanleihezeichnung richtet sich die Abgabe nach dem Roggenpreis im Durchschnitt der ersten Julihälfte. Bei 120 000 Mark Roggenpreis sind 100 Prozent der Abgabe zu zahlen. Es war von vornherein ersichtlich, daß der ursprünglich für den 1. August vorgesehene Abgabebetrag von dem Dreifachen der Zwangsanleihezeichnung weit überschritten würde, da der Roggenpreis bereits Anfang Juli eine aufsteigende Tendenz zeigte. Nunmehr ist nach Bekanntgabe des Reichsfinanzministeriums zum 1. August das Zehnfache des Zwangsanleihebetrages, der sich nach Ausscheidung der abgabefreien Vermögensteile ergibt, bei der zuständigen Finanzkasse einzuzahlen. Anleihestücke gibt es für diese Zahlung nicht, da es sich hier um eine reine Abgabe und nicht wie bei der Zwangsanleihe um ein Darlehen handelt.

Steuerfragen

Zur Auskunftspflicht der Steuerzahler

Die wachsende Belastung der Finanzbehörden hat dazu geführt, daß die Finanzämter in steigendem Umfange sich vorgedruckter formularmäßiger Rundfragen bei den Steuerpflichtigen bedienen, um auf diesem Wege die Angaben der Steuerpflichtigen in den Steuererklärungen zu ergänzen. Diese Formulare enthalten, da sie für eine große Anzahl Steuerpflichtiger schematisch zusammengestellt sind und meist in ihrer Gesamtheit beantwortet werden sollen, eine Fülle von Fragen, deren Ausfüllung für steuerpflichtige Gewerbebetriebe eine starke Arbeitsbelastung erfordert. In diesem Zusammenhang ist eine Entscheidung des Reichsfinanzhofs von Wert, welche in einem Urteil vom 14. November 1922 die Auffassung vertritt, daß eine schriftliche Auskunft des Steuerpflichtigen nur dann verlangt werden kann, wenn dieser die Einsichtnahme in die Bücher vermeiden will. Das Finanzamt habe also in erster Linie mangels genügender Klarheit der Steuererklärung dem Steuerpflichtigen anheimzustellen, den Bücherbeweis anzutreten oder aber schriftliche Auskunft auf die aufgeworfenen Fragen zu erteilen. Die schriftliche Aufklärung des Finanzamts durch Beantwortung der schriftlichen Anfragen gemäß § 207 Reichsabgabenordnung bestehe also nur zugunsten des Steuerpflichtigen, um ihm Gelegenheit zu geben, die in vielen Fällen den Betrieb störende Büchervorlage zu vermeiden. In dem dem Urteil zugrunde liegenden Falle hatte die steuerpflichtige Firma die Beantwortung einer großen Anzahl formularmäßiger Fragen mit der Begründung abgelehnt, daß eine Einsichtnahme in die ordnungsgemäß geführten Bücher dem Finanzamt die gewünschte Klarheit verschaffen werde. Das Finanzamt hatte unter Androhung von Geldstrafen erneut verlangt, daß der als Anlage zu der Steuererklärung versandte Fragebogen beantwortet werden müsse. Bei der hierauf eingelegten Beschwerde und Rechtsbeschwerde entschied schließlich der Reichsfinanzhof, daß das Anerbieten, dem Finanzamt die ordnungsgemäß geführten Bücher zur Einsicht vorzulegen, auf Grund des § 207 Reichsabgabenordnung genüge, die Beantwortung der gestellten Fragen zunächst zu vermeiden. Erst nachdem das Finanzamt sich durch Einsichtnahme der Bücher gegebenenfalls davon hätte überzeugen können, daß auch der Inhalt der Geschäftsbücher die aufgetauchten Zweifel nicht restlos beseitigen konnte, wäre es zur Stellung weiterer Fragen berechtigt gewesen. Zu der Ablehnung der Einsichtnahme in die Bücher und Aufbürdung der Arbeit der Aufklärungsabteilung auf die steuerpflichtige Firma war jedoch das Finanzamt nicht befugt.

In dieser Entscheidung des Reichsfinanzhofs wird gegenüber dem vielfachen Auskunftsverlangen der Finanzbehörden, welches sich angesichts der Fülle der neuen Steuern in Zukunft noch vermehren dürfte, festgestellt, daß das Angebot der Einsichtnahme in die Geschäftsbücher die Beantwortung der den Inhalt der Bücher betreffenden Fragen erübrigt und es den Gewerbetreibenden auf Grund obigen Urteils und des § 207 der Reichsabgabenordnung anheimgestellt ist, zwischen der Beantwortung der Anfrage oder der Vorlage der Geschäftsbücher zu wählen.

Rechtsfragen des Alltags

Wann kann man rechtmäßig die Geldentwertung als Verzugsschaden beanspruchen?

Daß man grundsätzlich für die Zeit, während welcher sich der Schuldner in Verzug befindet, die Entwertung des Geldes als Verzugsschaden beanspruchen kann, dürfte, nachdem das Reichsgericht sich zu dieser Frage bejahend geäußert hat, nicht mehr angezweifelt werden. Schon der Reichsjustizminister hatte im Reichstage darauf hingewiesen, daß der Gläubiger mit dem § 288 Abs. 2 B. G. B. sich behelfen könne, welcher besagt, daß, falls der Schuldner in Verzug gerät, er dann auch den weiteren Schaden zu tragen hat. Unter dem weiteren Schaden, also mehr als die Verzugszinsen, wird in der herrschenden Rechtslehre und Rechtsprechung der Schaden verstanden, der dem Gläubiger infolge der Geldentwertung in der Zeit zwischen Lieferung der Ware und Zahlung des Schuldbetrages entstanden ist. Nun wissen viele Geschäftsleute leider nicht, wie sie es richtig anfangen, den Schuldner in Verzug zu bringen. Sie fordern vielfach in jedem Falle, ohne daß die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, Schadensersatz für die Geldentwertung und sind höchst erstaunt, wenn der Schuldner mit Recht diese Leistung ablehnt und nur den Nominalbetrag der Rechnung begleicht.

Voraussetzungen des Verzuges sind: Fälligkeit der Leistung, Mahnung des Schuldners und schuldhafte Nichtleistung. Meist fehlt es an einer richtigen Mahnung des Schuldners. Die Mahnung ist eine Erklärung, durch die der Gläubiger den Schuldner auffordert, die Leistung zu bewirken. Die herrschende Rechtslehre und Rechtsprechung verlangt, daß dies schriftlich geschieht und zwar in ausdrücklichen Worten. Die Zusendung einer Rechnung ist im allgemeinen nicht als Mahnung aufzufassen, sie soll nur den Schuldner über den Betrag seiner Schuld unterrichten. Die wiederholte Zusendung einfacher unquittierter Rechnungen ist nach der herrschenden Auffassung eine Mahnung. Die Uebersendung quittierter Rechnungen oder einer Berechnung mit der Bitte, das Weitere wegen der Zahlung zu veranlassen, ferner der Postauftrag sind dagegen deutliche Mahnungen. Der Gläubiger wird gut daran tun, sich eines Beweises dafür zu sichern, daß er auch wirklich gemahnt hat, damit der Schuldner die Mahnung im Prozeß nicht abstreiten kann. Am sichersten geschieht deshalb die Mahnung durch eingeschriebenen Brief, von dem man sich eine Abschrift zurückhält.

Viel einfacher und praktischer ist das System der „Selbstinverzugsetzung" des Schuldners in dem Augenblick der Schuldentstehung. Man bewirkt dies auf folgende Weise: Hat man eine bestellte Ware zu liefern und ist es zweifelhaft, daß man bei Uebergabe der Sendung sofortige Kasse erhält, oder hat man eine Arbeit geleistet, die der sofortigen Barzahlung harrt, so sende man dem Schuldner die Rechnung und füge derselben folgende Notiz bei: „Der täglichen Geldentwertung wegen bitte ich um Bezahlung der vorstehenden Summen bis zum 12. ds. Mts." Es ist dabei aber zu beachten, daß man, wenn man die Wirkung der Inverzugsetzung herbeiführen will, nicht Redensarten gebrauche, wie Zahlung erbitte innerhalb 2 Tagen oder Zahlung sofort, sondern man muß einen bestimmten Kalendertag angeben, bis zu welchem spätestens die Zahlung erfolgen muß. Hat man das getan und hat der Schuldner nicht bis zum bestimmten Termin Zahlung geleistet, so ist er gemäß § 284 B. G. B. in Verzug gekommen und er hat gemäß § 288 Abs. 2 die Geldentwertung als Verzugsschaden zu bezahlen, die seit dem Tage, an welchem er zahlen sollte, eingetreten ist.

*

Das Verbot einer fremden Besatzungsbehörde ist kein „gesetzliches Verbot".

Die Klärung der Frage, ob Verbote, die von fremden Besatzungstruppen ausgehen, als gesetzliche Verbote im Sinne der deutschen Gesetze zu behandeln sind, ist für den deutschen Handel ungeheuer wichtig. Denn Verträge, Rechtsgeschäfte, die gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen, sind nach § 134 BGB. nichtig. Das Reichsgericht hat nunmehr im Gegensatz zum Oberlandesgericht Zweibrücken ausgesprochen, daß die Nichtigkeit eines Vertrages gleich schon durch den Verstoß gegen das Verbot einer fremden Besatzungsbehörde begründet wird. In den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen hierzu heißt es unter anderem wörtlich:

Unter den gesetzlichen Verboten im Sinne des § 134 BGB. können, soweit es sich um Rechtsgeschäfte handelt, die auf deutschem Boden wurzeln und deutschem Rechte unterstehen, nur solche gesetzliche Anordnungen verstanden werden, die vom Reiche oder innerhalb der sachlichen und gebietlichen Zuständigkeitsgrenze von den Ländern erlassen worden sind. Anordnungen, die von fremden Besatzungsbehörden für das von ihnen besetzte deutsche Gebiet erlassen worden sind, können, auch wenn diesen Besatzungsbehörden nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen oder nach besonderen mit dem deutschen Reiche geschlossenen Verträgen die gesetzgebende Gewalt für das besetzte Gebiet in gewissen Grenzen zusteht und die Anordnungen sich in diesen Grenzen halten, nicht als gesetzliche Verbote im Sinne des § 134 BGB. gelten. Nur Verbote, die von deutschen Behörden erlassen sind, die hervorgegangen sind aus deutschem sittlichem Empfinden und deutschem Rechtsbewußtsein und die den deutschen Bedürfnissen Rechnung tragen, sind vom Gesetzgeber gemeint. Nicht dagegen Anordnungen fremder Mächte, die ohne Rücksicht auf deutsches Rechtsempfinden und die deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse außerhalb der durch das Völkerrecht gezogenen Grenzen erlassen worden sind. (III 523/22. — 2. Mai 1923.)

Aus der Sozialversicherung

Die Beitragsklassen der Angestellten-Versicherung

Das am 4. Juli vom Reichstag verabschiedete, am 13. Juli verkündete Gesetz hat die Leistungen und Beiträge bekanntlich erheblich erhöht. Vom 1. August 1923 an ist der Grundbetrag und der Kinderzuschuß verzehnfacht, die jährliche Teuerungszulage auf 360 000 Mark bei Ruhegeld und Witwenrente und auf 180 000 Mark bei Waisenrente festgesetzt. Vom gleichen Zeitpunkt an gelten folgende neue Gehaltsklassen und Beiträge (Klassen 13—23):

Monatsgehalt	Beitrag monatlich
bis 180 000 Mk.	5 000 Mk.
180 000 — 360 000 „	10 000 „
360 000 — 540 000 „	17 000 „
540 000 — 720 000 „	24 000 „
720 000 — 900 000 „	32 000 „
900 000 — 1 260 000 „	42 000 „
1 260 000 — 1 620 000 „	54 000 „
1 620 000 — 1 980 000 „	65 000 „
1 980 000 — 2 430 000 „	82 000 „
2 430 000 — 2 970 000 „	100 000 „
über 2 970 000 „	124 000 „

Die neuen Marken sind von Ende Juli an bei der Post erhältlich. Alle Versicherten, deren Entgelt monatlich weniger als 60 000 Mark beträgt, müssen vom 1. August an den Beitrag in Klasse 13 entrichten. Lediglich für Juli bleiben für Lehrlinge, soweit sie einen monatlichen Entgelt unter 60 000 Mark erhalten, noch die Gehaltsklasse 12 bestehen, mit der Maßgabe, daß für solche Versicherte, deren Verdienst den Betrag von monatlich 12 000 Mark nicht erreicht, der Beitrag in Gehaltsklasse 8 (monatlich 1150 Mark) zu entrichten ist.

Die Versicherungspflichtgrenze ist, wie schon im gestrigen Mittagsblatt gemeldet, vom 1. Juli ab auf 78 Millionen Mark Jahresverdienst im unbesetzten Gebiet und auf 96 Millionen Mark im besetzten Gebiet und im Einbruchsgebiet festgesetzt worden. Für Versicherte, die auf Grund einer Lebensversicherung von der eigenen Beitragsleistung befreit sind (Halbversicherte), entrichtet der Arbeitgeber die Hälfte des Beitrags ihrer Gehaltsklasse. Entspricht die Hälfte nicht einem der neuen Beiträge, so ist der nächsthöhere zu entrichten. Bei der Frage, ob ein Angestellter auf Grund seines Jahresarbeitsverdienstes noch der Versicherungspflicht unterliegt oder ob er die Versicherungspflichtgrenze überschritten hat, werden die mit Rücksicht auf den Familienstand bezahlten Zulagen (Frauen- und Kinderzulage) nicht angerechnet. Sie werden aber mitgerechnet bei der Feststellung, in welcher Gehaltsklasse die Beiträge zu entrichten sind. Schließlich ist zu Gunsten sämtlicher Versicherter bestimmt, daß alle in der Angestelltenversicherung erworbenen Anwartschaften bis zum 31. Dezember 1922 als aufrecht gelten.

Die größte Werbekraft
ist die Zeitungs-Anzeige
zur richtigen Zeit
in der richtigen Abfassung
in der richtigen Form
in der richtigen Zeitung
dem 5231
Mannheimer General-Anzeiger

MARCHIVUM

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Benz & Cie.
Rhein. Automobil- und Motorenfabrik A.-G. Mannheim

Die Einigung vollzogen. — Die Kündigung des Schebera-Vertrages aufrechterhalten. — Schapiro und Dresdner Bank im Aufsichtsrat. — Ankündigung einer Kapitalerhöhung

Die Verhandlungen zwischen den beiden Gruppen Benzverwaltung — Schapiro — Schebera zogen sich mehr als vorausgesetzt worden war, in die Länge. Statt um 5 Uhr konnte die Sitzung erst kurz vor 7 Uhr wieder eröffnet werden. In der Zwischenzeit war offenbar zwischen den Parteien zähe um die einzelnen Positionen gerungen worden; die Sitzung selbst aber konnte, da die Reibungsflächen außerhalb der Versammlung beseitigt worden waren, einen raschen Verlauf nehmen. Der Vorsitzende wiedereröffnete sie mit Worten des Dankes an die Aktionäre für ihre große Nachsicht; trotz eifrigster Arbeit sei es nicht gelungen, die Verhandlungen in kürzerer Zeit zu erledigen. Für die Schapiro-Gruppe erklärte hierauf Justizrat Dr. Gottschalk, er sei in der angenehmen Lage, den vormittags gestellten Vertagungsantrag zurückzuziehen, nachdem er von der Verwaltung in liebenswürdigster Weise die erbetenen Auskünfte erhalten habe. Er könne weiter erklären, daß seine Gruppe aus voller Ueberzeugung der vorgelegten Bilanz und den Verwaltungsanträgen zustimme, da sie sich überzeugt habe, daß

die Verwaltung musterhaft gearbeitet

habe. Der Vorsitzende dankte dem Vorredner und die Versammlung trat in die Tagesordnung ein. Unter Festsetzung der Dividende auf 300% und Ermächtigung der Verwaltung zur teilweisen Selbstversicherung wurden die Anträge der Verwaltung einstimmig genehmigt.

Bei Punkt 3 der Tagesordnung, Wahlen zum Aufsichtsrat, bemerkte der Vorsitzende, die Aktionäre wüßten, daß die Benzgesellschaft mit der Gruppe Schebera, und was damit zusammenhänge, in einem Vertragsverhältnis gestanden habe. Dieses

Vertragsverhältnis wurde von Benz gekündigt

und es sei bereits gesagt worden, daß in der Pause zwischen den Sitzungen Verhandlungen zu führen waren über die Gestaltung neu abzuschließender Vereinbarungen, der neuen Lieferungs- und sonstigen Verträge. Diese Verhandlungen seien beendet und die Vereinbarungen kurz vor Wiedereröffnung der G.-V. unterzeichnet worden. Die Verwaltung habe, da die Gesellschaft nun in ein neues, hoffentlich beiderseits befriedigendes, Vertragsverhältnis mit der Schebera-Gruppe eingetreten sei, den Wunsch zum Ausdruck zu bringen, zwei Herren in den Aufsichtsrat zur Zuwahl vorzuschlagen. Hierauf wurden die Herren Dipl.-Ing. Jacob Schapiro-Berlin und Bankdirektor Ernst Loeb (Filiale der Dresdner Bank) Mannheim, einstimmig neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Nachdem die zwischen den Benzwerken und der Schapirogruppe bestehenden Differenzen nunmehr durch die erwähnten neuen Vereinbarungen ausgeglichen sind (durch welche die bisherige Generalvertretung der Herren Schapiro in Fortfall kommt und durch einen Vertretervertrag ersetzt wird und wonach die Benzwerke in Berlin wieder eine eigene Filiale errichten), wird einer alsbald einzuberufenden ao. G.-V. die

Erhöhung des Grundkapitals

der Firma Benz & Cie. in Vorschlag gebracht werden. Wie der Vorsitzende betonte, könne über den Umfang dieser Kapitalerhöhung und über die Modalitäten heute noch nichts Genaues gesagt werden, da dies bei den ständig wechselnden Währungsverhältnissen bzw. der fortschreitenden Entwertung der Mark sich ändern könnte. Die Kapitalerhöhung sei nicht gerade sehr dringend, aber angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse, der ungeheuerlichen Erhöhung der Rohmaterialien, der Arbeitslöhne usw. sei die Bewirkung einer Kapitalerhöhung ein Postulat der praktischen Vernunft. Mit abermaligen Worten des Dankes über die gezeigte Langmut der Aktionäre wurde hierauf die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen. *

Deutsch-Südamerikanische Export- und Import-A.-G., Mannheim

Wie wir hören beabsichtigt die Gesellschaft einer demnächst einzuberufenden ao. G.-V. die Erhöhung des Aktienkapitals um 30 Millionen ℳ Stammaktien, mit Dividendenberechtigung für das laufende Geschäftsjahr (infolge Verlegung des Geschäftsjahres läuft dieses vom 1. Mai bis 31. Dezember) vorzuschlagen. Zu welchem Kurs die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt steht noch nicht fest, weil dies von den wirtschaftlichen Verhältnissen zur Zeit der G.-V. abhängt, es ist unserem Vernehmen nach jedoch an ein günstiges Bezugsrecht gedacht, wobei etwa auf zwei alte Aktien eine junge entfallen dürfte. *

Pfälzische Hypothekenbank Ludwigshafen a. Rh.

Bei dem Institut betrug an Ende des ersten Halbjahres 1923 (alles in Millionen Mark), der Pfandbriefumlauf 551,13 (gegen 473,52 Ende 1922, 464,38 30. Juni 1922, 464,09 Ende 1921). Er erfuhr somit im ersten Halbjahr 1923 eine Zunahme um 77,61. Der Bestand an Registerhypotheken stellte sich auf 472,78 und 87,47 Millionen Mark Ersatzdeckung (gegen 465,56 und 15,88 Ersatzdeckung Ende 1922, 464,43 und 11,78 Ersatzdeckung am 30. Juni 1922, 459,26 und 12,95 Ersatzdeckung Ende 1921). Der Umlauf an Kommunalobligationen betrug am 30. Juni 1923 (in Millionen Mark) 262,36, Ende 1922 109,66, 30. Juni 1922 29,31, Ende 1921 30,82; er erfuhr also im ersten Halbjahr 1923 eine Mehrung um 152,70 Millionen. Der Bestand an Kommunaldarlehen belief sich am 30. Juni 1923 auf M. 300,08 Mill. gegen 112,78 Ende 1922, 36,18 am 30. Juni 1922, 35,75 Ende 1921. Die Mehrung im ersten Halbjahr 1923 beläuft sich sonach auf M. 187,30 Mill.

Rheinische Handelsbank A.-G., Mannheim

Die Gesellschaft beruft eine ao. G.-V. zum 21. d. M. ein, die Beschluß zu fassen hat über die Erhöhung des Grundkapitals von 100 Mill. ℳ auf 210 Mill. ℳ durch Ausgabe von 105 Mill. ℳ Stammaktien und 5 Mill. ℳ 7proz., mit 20fachem Stimmrecht ausgestatteten Aktien.

* **Bank für wertbeständige Anleihen A.-G. in Berlin.** Unter dieser Firma haben die Bank für Landwirtschaft in Berlin, die Braunschweigische Staatsbank, Deutsche Girozentrale, das Bankhaus F. W. Krause u. Co. in Berlin, Gebr. Röchling Bank, Deutsche Standard Bank Hamburg und die Bankfirma Richard Lenz u. Co. eine Bank gegründet, welche als wertbeständige Darlehensgesellschaft, insbesondere Darlehen an Körperschaften des öffentlichen Rechts gewähren und unter deren Bürgschaft wertbeständige Schuldverschreibungen ausgeben soll. Das Grundkapital beträgt 725 Mill. Stammaktien und 20 Mill. ℳ Vorzugsaktien. Vom Aktienkapital sind 100% gleichzeitig als Reserve einzuzahlen. Die Bank sieht bei ihren Darlehensgeschäften Goldmark-Grundlage vor, um volle Wertbeständigkeit zu erzielen, und die bei den Warenpreisen für Roggen, Kohle und Kali entstehenden Schwankungen zu vermeiden. Wie mitgeteilt wird, sei die Ausgabe von Goldobligationen binnen kurzem zu erwarten, da die Bank bereits große Darlehensgeschäfte in Vorbereitung habe.

* **Disconto-Gesellschaft, Berlin.** Die von der G.-V. genehmigte Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz gelangen in vorliegender Nummer zur Veröffentlichung.

* **Getreidekredit-A.-G. in Magdeburg.** Die Verwaltung beabsichtigt, um ihre Dienste dem gesamten provinzialsächsischen Getreidehandel zur Verfügung stellen zu können, in Halle eine Niederlassung zu errichten. Die erforderlichen Vorbereitungen sind bereits im Einvernehmen mit führenden Halleschen Getreidefirmen in die Wege geleitet worden, so daß die Eröffnung demnächst erfolgen dürfte. Die G.-V. wird über die Erhöhung des Aktienkapitals um 1½ auf 2½ Milliarden ℳ beschließen.

* **Saline Ludwigshalle in Wimpfen a. N.** Die ao. G.-V., in der 23 Aktionäre mit 13 709 Stimmen vertreten waren, beschloß antraggemäß die Erhöhung des Grundkapitals um 8 auf 17 Mill. ℳ durch Ausgabe von ab 1. Januar 1923 gewinnberechtigten 8000 Stück Stammaktien, so daß sich das Grundkapital nunmehr aus 16 Mill. ℳ Stamm- und 1 Mill. ℳ Vorzugsaktien zusammensetzt. Die neuen Aktien werden von einer aus der Handels- und Gewerbebank Heilbronn A.-G., der Rümelinbank A.-G. Heilbronn, der Südd. Discontogesellschaft Mannheim und dem Bankhaus Bernheim u. Co., Stuttgart bestehenden Bankengruppe zum Kurs von 1000 pCt. übernommen mit der Maßgabe, den alten Aktionären ein Bezugsrecht 4:1 zu 1000 pCt. zuzüglich Bezugsrechtssteuer und Schlußnotenstempel einzuräumen, während die restlichen 6 Mill. ℳ zur Verfügung der Verwaltung zu halten sind. — Direktor Frik führte zur Begründung der noch in der G.-V. am 16. Juni als damals noch nicht so dringend angesehenen Vermehrung des Aktienkapitals aus, daß die unvorhergesehene Markentwertung und beispiellose Teuerung schon jetzt eine Erhöhung des Kapitals notwendig erscheinen lassen. Den Aktionären würde nur ein kleines, aber sehr billiges Bezugsrecht eingeräumt, da durch die freie Verwertung der Aktien dem Unternehmen sehr große Mittel zugeführt werden könnten. Auf die Anregung aus Aktionärskreise, den bisherigen Aktionären ein Bezugsrecht 2:1 zum Kurs von 30 000 bis 50 000 pCt. einzuräumen, wodurch der Gesellschaft sofort größere greifbare Mittel zur Verfügung stehen würden, erwiderte der Vorstand, daß die Verwaltung auch schon ähnliches beraten habe, daß jedoch die Verwertung am Effektenmarkte für die Gesellschaft günstiger sei. Nur ein Teil der neuen Aktien solle, wenn Mittel benötigt würden und die Börsenlage günstig sei, abgestoßen werden; ein Teil der Aktien solle zur eventuellen Verwertung für Beteiligungs- und Angliederungszwecke dienen. Das Stimmrecht der Vorzugsaktien wurde vom 8- auf das 10fache verdoppelt. Die G.-V. erteilte ferner der Verwaltung die Ermächtigung, die Art und Höhe der Versicherungen zu bestimmen.

* **Tafel-Salin- und Spiegelglasfabriken A.-G., Fürth i. B.** Bei gutem Geschäftsgang kam die Gesellschaft beim Inlandsabsatz nicht immer auf ihre Kosten, was durch das sich gut entwickelnde Auslandsgeschäft ausgeglichen wurde. Nach Abzug der Unkosten und 1,7 (0,3) Mill. ℳ Abschreibungen und nachdem vorweg die Vergütung für Aufsichtsrat und Vorstand abgesetzt sind und die Steuerrücklage auf 65,0 (5,0), Werkerhaltungsfonds unter gleichzeitiger Ueberführung nicht mehr bedingter Reservekonten auf 25,0 (2,5), der Fonds für soziale Fürsorge auf 10 (1) Mill. erhöht sind, verbleibt ein Reingewinn von 147,2 (5,1) Mill. Daraus werden bekanntlich 400 (25 bzw. 12,5) Prozent Dividende auf 35 (7,2 bzw. 7,8) Mill. Stamm- und 6 (6 bzw. 3) Prozent auf 1,5 (0,3 bzw. 0,3) Mill. Vorzugsaktien erteilt. Aus der Bilanz (in Millionen ℳ): Kreditoren 464,2 (11,1), Avale 41,0 (0,4), Debitoren 667,2 (41,6), Vorräte 225,6 (0,8), Effekten 2,0 (2,0), Kassa 3,6 (0,8). Sämtliche Anlagewerte je 1 ℳ. Im neuen Geschäftsjahr sei bisher der Geschäftsgang rege gewesen. Ueber die Aussichten lasse sich jedoch nichts voraussagen.

Devisenmarkt

Mannheimer Devisenmarkt, 1. Aug. (9.30 vorm.) Nach der Newyorker Parität ergeben sich folgende Kurse: **New York 1 000 000,** Holland 393 200, London 4 475 000, Schweiz 178 600, Italien 43 500. Prag 29 500.

Die Mark wurde bei Börsenschluß und nachbörslich mit 0,0001 = 1 000 000 ℳ für den Dollar aus New York gemeldet.

New York, 31. Juli. (WB) Devisen.

	30.	31.		30.	31.		30.	31.
Frankreich	5,86	5,81	Schweiz	17,85	17,85	Spanien	14,24	14,20
Belgien	4,83	4,73	England	4,57	4,56	Italien	4,35	4,35

Kurse der Federal Reserve Bank, New-York
für Reparationslieferungen im freien Verkehr nach Frankreich.

Datum 1923	1 Goldmark = französ. Franken	1 Goldmark = belgische Franken	1 Goldmark = portugies. Eskudos	1 Goldmark = Papiermark	1 Goldmark = Dollar
16. 7.	4,066	4,922	5,527	59 554,073	0,238216293
17. 7.	4,096	4,973	5,608	59 554,073	desgl.
18. 7.	4,072	4,942	5,645	59 554,073	desgl.
19. 7.	4,017	4,871	5,685	79 405,431	desgl.
20. 7.	4,051	4,922	5,782	79 405,431	desgl.
21. 7.	4,010	4,774	5,867	79 405,431	desgl.
Wochendurchschnittskurse:					
9. 7. b. 14. 7.	4,039	4,861	5,493	54 972,991	desgl.

Datum	1 Dollar = Papier-Mk.	1 engl. Pfund = Papier-Mk.	1 frz. Franken = Papier-Mk.	1 belg. Frank. = Papier-Mk.	1 Lire = Papier-Mk.
16. 7.	250 000,000	1148 325,000	14 575,000	12 100,000	10 775,000
17. 7.	250 000,000	1148 325,000	14 375,000	11 975,000	10 700,000
18. 7.	250 000,000	1147 525,000	14 625,000	12 050,000	10 750,000
19. 7.	333 333,333	1531 200,000	19 766,667	16 300,000	14 433,333
20. 7.	333 333,333	1531 100,000	19 600,000	16 133,333	14 366,667
21. 7.	333 333,333	1532 433,333	19 800,000	16 633,333	14 600,000
Wochendurchschnittskurse:					
9. 7. b. 14. 7.	230 769,231	1 057 557,692	13 611,538	11 307,692	9 911,538

Waren und Märkte

* **Baumwolle.** (Bericht von Knoop u. Fabarius.) Bremen, 27. Juli. Die Märkte waren durchweg schwach mit weichender Tendenz und schlossen am 26. ds. wie folgt: Bremen, fullymiddling g. c. u. st. loko 499 045 ℳ nom. per Kilo.

	mid. disp.	Oktober	Dezbr.	Jan.	März
Liverpool	—,— d.	12.71 d.	12.40 d.	12.35 d.	—,— d.
New-York	23.55 cs.	22.55/56 cs.	22.39/41 cs.	22.20 cs.	22.28/30 cs.
New-Orleans	23.50 cs.	21.84 cs.	21.64 cs.	21.86 cs.	21.88 cs.

Die Manipulanten des Terminmonats Juli in Amerika haben es vorgezogen, die Position unrühmlich zu liquidieren, anstatt die Verkäufer abzudrosseln; sie befürchteten wahrscheinlich, daß die ihnen aus den Andienungen in der Folge erwachsenden Verluste den Nutzen an der Operation bedeutend übersteigen würden. Der Zusammenbruch dieses Monats leitete eine Baisse auf der ganzen Linie ein, die unter dem Eindruck günstiger Erntoberichte noch andauert. Der Markt hat sich inzwischen auf eine Ernte von 12 Millionen eingestellt, die man anscheinend für genügend hält, den Weltkonsum zu decken. Die Basis im Süden sinkt mit großer Schnelligkeit; die Verkäufer überstürzen sich mit fast täglich billiger werdenden Offerten, ohne viel Gehör zu finden. Man nimmt vielfach an, daß der am 1. August erwartete Julibericht des Ackerbauamtes den Durchschnittsstand der Ernte als höher bezeichnen wird, als den Stand am Ende des Monats Juni. Das würde sehr günstig sein, denn in diesem Zeitraum sinkt die Ziffer häufig, so im vorigen Jahre von 71,2 auf 70,8, 1921 von 69,2 auf 64,7. Die industrielle Lage weist in keinem Lande von Bedeutung Zeichen der Besserung auf: überall findet man Bestrebungen, die Betriebe einzuschränken. Die Ruhraktion der Franzosen wirkt sich bis in den Fernen Osten aus. Das Geschäft in Bremen bleibt still, Spinner kaufen in kleinen Mengen von Hand zu Mund, und Verkäufe in neuer Ernte werden so gut wie gar nicht getätigt. Alexandria schließt ruhig für Sakellaridis 55, für Ashmouni 145 Punkte niedriger gegen die Vorwoche. Beste Sakellaridis notiert etwa 20,25 d., beste Ashmouni 17 d., cif europ. Hafen. Termine: Sakellaridis November 30,45 Doll., Ashmouni August 27,75 Doll. Die Ernteaussichten in Aegypten sind die denkbar günstigsten. In Indien macht der Monsum gute Fortschritte, und Preise neuer Ernte wurden nicht unwesentlich herabgesetzt.

London, 31. Juli. (WB) Metallmarkt. (In Lst. für 1 engl. t. v. 1016 kg.)

	30.	31.						
Kupfer Kassa	65.15	65.45	bestselect.	68.50	68.50	Blei	24.—	[illegible]
do. 3 Monat	66.15	66.15	Nickel	130.—	130.—	Zink	30.45	[illegible]
do. Elektrol	72.50	72.25	Zinn Kassa	183.75	184.65	Quecksilber	10.50	[illegible]
			do. 3 Monat	184.75	185.65	Regulus	34.6	[illegible]

Amerikanischer Funkdienst

New York, 31. Juli. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	30.	31.						
			Zuf. zus.	4000	12000	stand wt	12.50	[illegible]
Kaffe loco	10.85	10.86	Elektrolyt	14.65	14.65	Cred. Bal.	3.—	[illegible]
Juli	8.02	—,—	Zinn loko	38.—	38.67	Zucker Centrf	6.65	[illegible]
Septbr.	7.39	6.44	Blei	6.50	6.50	Terpentin	98.—	[illegible]
Dezemb	7.18	7.46	Zink	6.22	6.20	Savannah	88.75	[illegible]
März	7.14	7.23	Eisen	25.50	25.50	N. Ort. Baum	22.—	[illegible]
Mai	—,—	7.16	Weißblech	5.62	5.62	Weizen rot	112.—	[illegible]
Baumw. loco	25.50	22.45	Schmalz wt	11.27	11.30	Hart loko	115.—	[illegible]
Juli	—,—	—,—	Talg	6.85	6.85	Mais loko	104.—	[illegible]
August	21.63	21.63	Baumwsaatöl	10.12	9.80	Mehl niedr. Pr	5.—	[illegible]
Septemb.	21.80	21.53	Septemb.	9.59	9.99	höchst Pr.	5.90	[illegible]
Oktober	21.29	21.19	Petrol. cases	15.40	15.41	Getrdfr. Engl	1.6	[illegible]
November	21.19	21.10	tanks	5.50	5.41	Kontinent	6.—	[illegible]

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juli

Rhein-Pegel	26	27	28	30	31	1.	Neckar-Pegel	26.	27.	28.	30.	31.	1.
Schusterinsel*)	2.26	2.23	2.16	2.07	2.09	2.00	Mannheim	3.81	3.75	3.71	3.60	3.54	3.48
Kehl	3.37	3.26	3.23	3.10	3.08	3.03	Heilbronn						
Magau	4.53	1.80	4.87	4.73	4.69	4.67							
Mannheim	3.90	3.82	3.79	3.69	3.63	3.57							
Kaub													
Köln	2.13	2.12		2.05									

Mannheimer Wetterbericht v. 1. Aug. morgens 7 Uhr

Barometer: 748,3 mm. Thermometer: 15,8 C. Niedrigste Temperatur nachts: 15,0° C. Höchste Temperatur gestern: 21,9° C. Niederschlag: 4,0 Liter auf den qm. Südwest 5, aufheiternd.

Wasserwärme des Rheins am 1. Aug. morgens 6 Uhr: 18° C

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E 6, 2.
Direktion: Ferdinand Heyme. — Chefredakteur: Kurt Fischer.
Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Fischer; für das Feuilleton: i. V. Kurt Fischer; für Kommunalpolitik: Richard Schönfelder; für Gericht und Sport: Willy Müller; für Handelsnachrichten, Lokales und den übrigen redaktionellen Inhalt: Franz Kircher; für Anzeigen: Karl Hügel.

Deutsche Bank

Abschluß am 31. Dezember 1922.

Besitz.			Verbindlichkeiten.		
Bargeld, Sorten, Zinsscheine und Guthaben bei Abrechnungsbanken		33,321,603,000 —	Grundvermögen		800,000,000 —*)
Guthaben bei Banken und Bankfirmen		279,097,364,000 —	Rücklagen		
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		155,840,255,000 —	gesetzlich vorgeschriebene	2,612,472,000 —	
Report- und Lombard-Vorschüsse gegen börsengängige Wertpapiere		1,342,878,000 —	freie	387,528,000 —	2,250,000,000 —
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		25,246,718,000 —			3,050,000,000 —*)
davon am Abschlußtage durch Waren, Verschiffungspapiere usw. gedeckt 20374 Millionen			Gläubiger in laufender Rechnung		
Eigene Wertpapiere			Verpflichtungen für eigene Rechnung	3,078,000 —	
Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten	44,312,000 —		seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	13,709,173,000 —	
sonstige bei der Reichsbank beleihbare Wertpapiere	8,414,000 —		Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	38,701,428,000 —	
sonstige börsengängige Wertpapiere	256,789,000 —		Einlagen auf gebührenfreier Rechnung innerhalb 7 Tagen fällig M. 251,106,734,000		
nicht notierte Wertpapiere	128,156,000 —	438,671,000 —	darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig M. 19,185,160,000		
		495,184,284,000 —	nach 3 Monaten fällig M. 6,820,109,000	277,112,003,000 —	
Beteiligung an Gemeinschafts-Unternehmungen		538,753,000 —	sonstige Gläubiger innerhalb 7 Tagen fällig M. 271,406,489,000		
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen		491,751,000 —	darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig M. 1,291,337,000		
Schuldner in laufender Rechnung			nach 3 Monaten fällig M. 8,827,768,000	281,525,594,000 —	607,143,278,000 —
gedeckte	62,858,863,000 —		Akzepte		1,403,484,000 —
ungedeckte	58,737,310,000 —	121,596,173,000 —	(außerdem: geleistete Bürgschaften 42,207 Millionen)		
(außerdem: Schuldner aus geleisteten Bürgschaften 42207 Millionen)			Sonstige Verbindlichkeiten		
Bankgebäude		40,000,000 —	Unerhobene Dividende	3,061,000 —	
Sonstiger Grundbesitz		1 —	Dr. Georg von Siemens-Fond	15,684,000 —	
Mobilien		1 —	Jubiläums-Fond	10,188,000 —	
Ausgleichs-Konto		4,998 —	Uebergangsposten der eigenen Stellen untereinander	356,220,000 —	387,073,000 —
			Zur Verteilung verbleibender Ueberschuß		5,964,136,000 —
	Mark	617,847,966,000 —		Mark	617,847,966,000 —

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.			Haben.		
Handlungs-Unkosten	13,974,885,000 —		Vortrag aus 1921		14,471,000 —
Steuern und Abgaben	2,397,749,000 —		Gewinn aus Zinsen und Wechsel	27,190,186,000 —	
Wohlfahrtseinrichtungen für die Beamten (Klub, Kantinen, Erholungsheim u. dergl.) und Beiträge der Bank zum Beamtenfürsorge-Verein	391,787,000 —	16,764,421,000 —	Gebühren	5,385,930,000 —	
Abschreibungen auf Einrichtung	529,298,000 —		Sonstige Gewinne (aus Wertpapieren, Gemeinschafts-Geschäften, Dauernden Beteiligungen, Sorten u. dergl.)	2,094,210,000 —	38,679,276,000 —
„ „ Bankgebäude	438,842,000 —	968,140,000 —			
Zur Verteilung verbleibender Ueberschuß:					
Gewinn aus 1922	5,949,715,000 —				
Vortrag aus 1921	14,421,000 —	5,964,136,000 —			
	Mark	38,693,697,000 —		Mark	38,693,697,000 —

*) Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Zuweisung von M 3,000,000,000 stellen sich die Rücklagen am 31. Dezember 1922 auf M 5250 Millionen, so daß das eigene Vermögen der Bank (Kapital und Rücklagen) 6,050,000,000 Mark beträgt. Diese Ziffer erfährt durch die im März 1923 erfolgte Erhöhung des Kapitals von M 800 Millionen auf M 1 800 Millionen einen weiteren Zuwachs von mehr als 50 Milliarden Mark.

Dividenden-Einlösung.

Laut Beschluß der Generalversammlung vom 28. Juli 1923 wird die **Dividende für 1922** auf die Aktien der **Deutschen Bank** mit 300% = M 1800 für jede Aktie zu nom. M. 600, M 3600 für jede Aktie zu nom. M 1200 und M 3000 für jede Aktie zu nom. M 1000 gezahlt. 5512

Allgemeine Ortskrankenkasse

Mannheim.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 24. Juli 1923 die Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung mit Wirkung vom 30. Juli 1923 ab auf 60 Millionen Mark festgesetzt worden ist. Die Anmeldung der hiernach wieder in die Versicherung einbezogenen Personen hat spätestens bis 6. August 1923 zu erfolgen.

Der Kassenvorstand hat ferner auf Grund der obengenannten Verordnung am 30. Juli beschlossen, den Grundlohn auf 120 000 M zu erhöhen.

Mit Wirkung vom 30. Juli 1923 ab ist die nachstehende Lohnklasseneinteilung festgesetzt:

Lohnklasse	Arbeitsverdienst für den Kalendertag über Mk.	bis Mk.	Grundlohn M.	Beiträge im Ganzen M.	Anteil des Arbeitgeb. M.	Versicherten M.
1		12000	8000	4200	1400	2800
2	12000	20000	16000	8400	2800	5600
3	20000	30000	24000	12600	4200	8400
4	30000	42000	36000	18900	6300	12600
5	42000	54000	48000	25200	8400	16800
6	54000	66000	60000	31500	10500	21000
7	66000	86000	76000	39900	13300	26600
8	86000	106000	96000	50400	16800	33600
9	106000		120000	63000	21000	42000

Die Herren Arbeitgeber sind verpflichtet, für alle versicherungspflichtig Beschäftigten, deren Arbeitsverdienst über die bisherige höchste Lohnstufe hinausgeht und bei denen der Arbeitsverdienst höher ist wie 51 000 M pro Kalendertag, die Lohnangabe alsbald, längstens bis 6. August 1923 an unsere Kasse einzureichen.

Zuwiderhandlungen werden nach den Bestimmungen der R.-V.-O. bestraft.

Es wird empfohlen, die vorstehende Bekanntmachung auszuschneiden und aufzubewahren.

Mannheim, den 30. Juli 1923. 5350

Der Vorstand.

Alt-Gold-Silber-Platin

kauft die Schmelzerei

Ferdinand Weber, C 4, 19

am Zeughausplatz, Teleph. 8391

früher in Weil & Weber. E220

WANZEN tötet restlos **NICODAAL.**

SCHWABEN tötet restlos **NICOSCHWAB.**

Ludwig & Schütthelm, Hof-Drog., O 4, 3, **H. Merckle**, Gontardplatz 2, **Geyer**, Mittelstr. 34, **A. Sperber**, Seckenheimerstrasse 29. B191

Einladung zur Zeichnung auf weitere 10 Milliarden 12%ige Pfandbriefe

— unkündbar und unverlosbar bis 1929 —

der zur

Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken

verbundenen Deutschen Hypothekenbank (Meiningen), Frankfurter Pfandbrief-Bank (früher Frankfurter Hypotheken-Kredit-Verein), Leipziger Hypothekenbank, Norddeutsche Grund-Credit-Bank, Preußische Boden-Credit-Actien-Bank, Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank, Westdeutsche Bodenkreditanstalt.

Der Pfandbrief ist:

gesichert durch das **gesamte Vermögen** der sieben vereinigten Hypothekenbanken,

gedeckt nach den gesetzlichen Vorschriften durch **erststellige Hypotheken** auf inländischen Grundstücken

Zeichnungen werden bei Banken, Bankiers, Vorschußvereinen, Genossenschaften und Sparkassen zum

Vorzugskurse von 140%

bis Montag, den 20. August 1923 entgegengenommen.

Stücke zu 100 000, 500 000 u. 1 000 000 Mark.

5540

Disconto-Gesellschaft Berlin

Bankmäßige Geschäfte aller Art

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland 5542

Bilanz am 31. Dezember 1922*)

Aktiva	M	Pf	Passiva.	M	Pf
Nicht eingezahltes Kommandit-Kapital	317 500 000	—	Kommandit-Kapital	900 000 000	—
Kasse, fremde Geldsorten, Coupons und Guthaben bei Noten und Abrechnungsbanken	18 679 098 169	08	Allgemeine (gesetzliche) Reserve	807 950 000	—
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	41 284 338 676	81	Besondere Reserve	2 120 000 000	—
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	122 619 284 481	60	Bau-Reserve	80 000 000	—
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	141 063 763	80	Gläubiger	276 738 613 854	47
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	6 105 240 880	30	Akzepte	767 877 242	10
Eigene Wertpapiere	358 033 136	10	Wohlfahrtseinrichtungen	7 699 840	70
Konsortial-Beteiligungen	682 431 086	40	Noch nicht abgehobene Gewinnanteile der früheren Jahre	2 144 057	40
Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	60 000 000	—	250 % Gewinnanteil auf M. 610 000 000 Kommandit-Anteile	1 525 000 000	—
Beteiligung bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	100 000 000	—	Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrats	121 670 270	—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	187 197 582	—	Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber, Direktoren, Prokuristen und Angestellten	1 134 914 828	—
Schuldner in laufender Rechnung	101 542 620 430	08	Uebertrag auf neue Rechnung	7 778 884	—
Wertpapier-Bestände der Pensionskasse und der Stiftungen	3 288 841	70			
Einrichtung	1	—			
Bankgebäude	69 850 900	—			
Sonstige Liegenschaften	5 516 340	—			
	285 931 643 077	67		285 931 643 077	67

*) Die Bilanz enthält nicht den Vermögensstand unserer Londoner und Metzer Niederlassungen.

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1922)**

Soll.	M	Pf	Haben.	M	Pf
Verwaltungskosten	6 218 040 164	38	Vortrag aus 1921	7 224 179	91
Steuern	2 115 638 170	64	Effekten	842 285 456	75
Zu verteilender Reingewinn	4 799 363 962	—	Provision	4 459 874 604	44
			Wechsel und Zinsen	7 474 568 959	12
			Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	120 000 000	—
			Beteiligung bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	150 000 000	—
			Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	29 142 096	60
	13 133 042 337	02		13 133 042 337	02

**) Die Gewinn- und Verlust-Rechnung enthält nicht das Erträgnis unserer Londoner und Metzer Niederlassungen.

Tapeten-Reste

in großer Auswahl billigst 530

Karl Götz D 2, 1 Tel. 7587 verlängerte Kunststraße.

Trauringe liefert billigst auch bei Goldhingabe Oster Sebo, Goldschmied C 4, 10, 1 Treppen. 617

Pianos zu **Kauf** u. **Miete** bei **Heckel** Piano-Lager **O 3, 10.**

Motorrad 3 PS. gegen Gleichstrommotor oder Dynamo, 220 Volt, zu vertauschen. Angebote u. X. H. 74 an die Geschäftsst. *896

Direction der Disconto-Gesellschaft

Berlin.

Der Gewinnanteilschein Nr. 97 unserer Kommanditanteile wird mit

M 1500 für die Stücke von 600 Mark

M 2500 für die Stücke von 1000 Mark

M 3000 für die Stücke von 1200 Mark

vom 25. Juli 1923 ab

in den Vormittagsstunden von 9—12 Uhr **bezahlt**

bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, der Norddeutschen Bank in Hamburg oder dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln, oder in **Mannheim** bei der **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.**,

sowie bei sämtlichen Filialen oder Zweigstellen der vorgenannten Banken an anderen Plätzen. 5544

Berlin, den 24. Juli 1923.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Badische Anilin- & Soda-Fabrik

Unseren rechtsrheinisch wohnenden Arbeitern wird der Lohnvorschuss für die Zeit vom 30. 7. bis 11. 8. 23 ab heute durch die Post zugestellt. Auszahlungen im Rosengarten finden nicht mehr statt. 5584

Mannheim, den 1. August 1923.

Badische Anilin- & Soda-Fabrik.

Alt Gold-Silber-Platin

kaufen E53

Weil & Weber, N 3 Nr. 2

Platin-, Gold- u. Silberschmelze

Fernverkehr Tel. 2881 — Nahverkehr Tel. 8414

Juwelen, Platin

alte Gold- u. Silbergegenstände

kauft zur eigenen Verarbeitung

G. Rexin, H 1, 6. Breitestraße

Werkstätte Hinterhaus. **Tel. 5850.** E40

Lastkraftwagen

zu vermieten.

Mannheimer Kohlenhandelsgesellschaft

Telephon 1281. *268

Heirat

Einheirat!

Tüchtig. Bäckermeister, 40 J. alt, mit 150 Millionen Vermögen, sucht Einheirat in Bäckerei od. Lebensmittelgeschäft in Mannheim od. Umgegend. Zuschriften unter W. S. 69 an die Geschäftsst. Vermittl. verbeten. B9408

Witwer, anf. d. 50er J., ebgl., Beamter in sicher. Stell., wünscht Bekanntsch. gef. Dame m. häusl. Sinn u. gut. Herzensbild., zw.

Heirat

kennen zu lern. Damen i. Alter v. 30—40 Jahr., welche a. gemütl. Heim Wert legen, wollen ihre Adresse m. Angabe ihres Vorlebens u. Bild unter X. D. 70 an die Geschäftsst. abgeb. Diskret. Ehrensache. *986

Herde und Oefen Reparatur-Werkstätte

Der schlechteste Herd wird wie neu hergerichtet. Garantie für Brennen und Backen. **Setzen, Putzen u. Ausmauern.**

Herdschlosserei **Krebs, J 7, 11,** Ofensetzerei

Telephon 5819. S74

Mitteilungen der Geschäftsstelle

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Quittungen über den Bezug unseres Blattes nur dann Gültigkeit besitzen, wenn diese von der Geschäftsstelle ausgestellt sind. Andere Ausfertigungen sind ungiltig. 5382

Wiener Operettenspiele Rosengarten.

Mittwoch, den 1. August 1923 — Zum letzten Male:

„Don Cesar"

Anfang 7½ Uhr. 83 Ende 10 Uhr.

SCHNELLDIENST
FÜR PASSAGIERE UND FRACHT
HAMBURG CUBA-MEXICO
HAVANA, VERA CRUZ, TAMPICO PUERTO MEXICO
Abfahrtstage:
D. Toledo . . 11. Aug.
D. Holsatia . . 15. Sept.
Vorzügl. Einrichtungen erster Klasse (Staatszimmerflucht.), zweiter Klasse Mittel-Klasse, dritter Klasse und Zwischendeck
Nähere Auskunft über Fahrpreise und alle Einzelheiten erteilt
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
Heidelberg: Hugo Reiber, in Firma Gebr. Trau Nachf., Brückenstr. 6.
Speyer a. Rh.: Ludwig Gross, Ludwigstrasse 14.
Ludwigshafen: Carl Kohler, Kaiser Wilhelmstrasse 31.
MANNHEIM: Reisebüro H. Hansen, E 1, 19 810

Verfassungsfeier am 11. August.

Am 11. August wird sich zum vierten Mal der Tag jähren, an dem die Deutsche Nationalversammlung dem deutschen Volke eine neue Verfassung gegeben hat. Zur Erinnerung an dieses Ereignis wird am **Samstag, 11. August,** der durch Entschließung des Badischen Staatsministeriums zum gebotenen Feiertag erklärt worden ist, **vormittags 11 Uhr** im Nibelungensaal des Rosengartens eine

~ Feier ~

stattfinden, bei der zugleich unserer von fremder Gewalt schwer bedrängten und heldenhaft ausharrenden Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr besonders gedacht werden soll.

Programm: 12

1. Präludium von Bach (Organist Landmann)
2. Liedervorträge (Frau Kammersängerin Kuhn-Brunner)
3. Ansprache (Herr Reichstagsabgeordneter Oskar Geck)
4. Allgemeiner Gesang „Deutschland-Lied."

Wir erlauben uns, zur Teilnahme an dieser Feier die gesamte Bevölkerung ohne Unterschied des politischen und religiösen Bekenntnisses einzuladen.

Eintritts-, Einlaß- und Garderobegebühren werden nicht erhoben, Garderobezwang besteht nur für Stöcke und Schirme.

Gleichzeitig fordern wir die Einwohnerschaft auf, an dem 11. August die Häuser ebenso, wie dies an den staatlichen und städtischen Gebäuden geschehen wird, zu **beflaggen.**

Der Oberbürgermeister: Dr. Kutzer. Der Landeskommissär: I. V.: Dr. Bader, Polizeidirektor.

Bekanntmachung

betreff. die Ausgabe von Hilfsbanknoten über 1 Million Mark mit dem Datum vom 25. Juli 1923.

In den nächsten Tagen werden Reichsbanknoten zu 1 Million Mark in den Verkehr gebracht werden. Die Note ist auf weißem Papier gedruckt und **80:185 mm** groß. Das an der rechten Seite im Papier eingeformte Wasserzeichen stellt Distelblätter in ornamentaler Verarbeitung dar. Die Wirkung dieses Wasserzeichens wird dadurch erhöht, daß der Papierstreifen gelblich gefärbt ist und orangerote und grüne Fasern enthält.

Die Hilfsbanknote trägt folgenden schwarz gedruckten Wortlaut:

Reichsbanknote

Eine Million Mark

zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin gegen diese Banknote dem Einlieferer. Vom 1. September 1923 ab kann diese Banknote aufgerufen und unter Umtausch gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingezogen werden.

Berlin, den 25. Juli 1923

Reichsbankdirektorium

Havenstein v. Glasenapp v. Grimm Kauffmann Schneider Budczies Bernhard Seiffert Vocke Friedrich Fuchs P. Schneider

Die Wertangabe ist in großen lichten Buchstaben hergestellt. Rechts und links von den Unterschriften befindet sich je ein Stempel. An der linken Seite steht quer die Strafandrohung, rechts neben dem Wasserzeichen in roter Farbe die Reihenbezeichnung und Nummer.

Die Rückseite ist unbedruckt.

Berlin, den 28. Juli 1923.

Reichsbank-Direktorium.

v. Glasenapp. v. Grimm.

Karl Theodor Künstlerspiele. Heute abend 8 Uhr Das große Augustprogramm **Gregor Feisen** Meister-Blitzdichter **Max Gewald** Bay. Bauernkomiker **Fanny von Stürböth** Liedersängerin **Ellen Renner** Spitzentänzerin **Franzl-Duon** Stimmungssängerin **Montez-Moll-Ballet** prolongiert 1903

Gold, Silberschmuck Trauringe 115 Goldschmied J. Federgrün **Q 5, 3.**

Unterricht.

Wer beteiligt sich an **Englisch u. Französisch** f. Anfäng. u. Fortgeschr. 3000 M. p. St. Ang. u. B. M. 186 a. d. Geschäftsst. 631

Nur noch 2 Tage! **Der bekannte Unbekannte!** Eine Diebskomödie in 5 Akten nach einer Idee von P. C. Carlsen und Arthur Rebner. In der Hauptrolle: **BRUNO KASTNER**

Stadt in Sicht! Ein Drama in 5 Akten von Henrik Galeen u. Fr. Sieburg. 5158 In der Hauptrolle: **Edith Posca**

Anfang ½5 u. 8 Uhr. Ende: 10¼ Uhr. **Schauburg**

Amtliche Bekanntmachungen

Nachversteuerung von Bier.

Aufgrund des § 28 des Biersteuergesetz vom 9. Juli l. Js. und der Biernachsteuerordnung vom 18. Juli l. Js. (Reichsgesetzbl. S. 557 und 696) haben die Bierhändler und Wirte, die am 1. August 1923 in ihrem Besitze befindlichen nachsteuerpflichtigen Biervorräte bis zum 5. August 1923 dem zuständigen Zollamte schriftlich (in zweifacher Fertigung) anzumelden. In den Anmeldungen ist die Zahl und der Raumgehalt der mit Bier gefüllten Gefäße, sowie die Biergattung (Einfachbier, Schankbier, Vollbier und Starkbier) anzugeben. Betragen die vorrätigen Biermengen im ganzen nicht mehr als 2 hl, so liegt keine Anmeldungspflicht vor. Wer die ihm obliegende Anmeldung der Biervorräte unterläßt oder die Anmeldung unvollständig oder unrichtig abgibt, hat Bestrafung zu gewärtigen. Nähere Auskunft erteilen die Zollämter und das Hauptzollamt. 59

Mannheim, den 30. Juli 1923. Hauptzollamt, Parkring 41.

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Brotversorgung. Mit Rücksicht auf die Kartoffel-Knappheit wird für die Zeit vom 28. Juli bis 3. August auf Sonder-Marke P eine Brotzulage von 750 gr. gegeben. 62

Herschelbad.

Im Monat August ist die große Schwimmhalle außer zu den bisherigen Badezeiten an allen Tagen außer Montags noch von 10—12 Uhr vormittags, und zwar Mittwochs, Freitags und Samstags für Männer und Dienstags und Donnerstags für Frauen geöffnet. 60

Städt. Maschinenamt.

Samstag, den 4. August 1923, vorm. 10½ Uhr versteigern wir in unserem Büro, Luisenring 49, das Düngergefäll von 23 Pferden vom Fuhrhof und von 32 Pferden von den Ställen Kepplerstraße 22 und T 2, 14 für die Zeit vom 6. August 1923 bis einschl. 2. September 1923 in Wochenabteilungen gegen bare Zahlung. 31

Fuhrverwaltung.

Ruhiger Landaufenthalt bei sehr gut. voll. Verpfleg. in schön geleg. Landhause, reichl. Milch. Preis pro Tag 3 M (Indexz.). *877 Böhringer, Knittlingen bei Bretten.

Reichspost Q 1, 11

Heinz May der bekannte Humorist!

Ab 1. August beginnen meine musikalischen Abendunterhaltungen. Lade freundlichst alle Bekannten und heiteren Gäste ein. Für gute Küche und Weine ist bestens gesorgt. *892 G. Werner.

Offene Stellen

Erfahrener **Dipl.-Ingenieur** zur Aufstellung und Inbetriebnahme von kompl. Dampfkraft-Anlagen, An- u. Verkauf von Dampfkesseln, Dampfmaschinen sowie Beratung und Gutachten ec. per sofort gesucht. Angebote mit genauer bisheriger Tätigkeit an 5556 **Ingenieur-Büro Friedr. Häusgen** Mannheim.

Schuh-Fabrikation erfahrenen **Kaufmann,** der selbständig zu arbeiten versteht, suchen **Eug. & Herm. Herbst, Mannheim.** 2133

Tüchtiger junger Mann mit schöner Handschrift für **Buchhaltung** *904 **zuverlässiges Fräulein** perfekt in Stenographie u. Maschinenschreiben sof. ges. Schriftl. Angeb. an **Peter Rixius,** G. m. b. H.

Tüchtiger E133 **Lohnbuchhalter** zum baldigen Eintritt **gesucht. Eug. & Herm. Herbst.**

Tüchtig. junger Mann (evt. Dame) 5570 möglichst branchekundig, per sofort oder später für Büro gesucht. Angebote mit la. Referenzen und Gehaltsanspruch an **Fürst & Wolff, Strumpffabrik Mannheim, Eichelsheimerstr. 6.**

Gewandte **Stenotypistin** zum baldigen Eintritt gesucht. Selbstgeschr. Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften an 5556 **J. Reiss, Zigarren-Fabriken, Mannheim**

Bilanzsichere **Buchhalterin** perfekt in Maschinenschreiben und Stenographie (22 Jahre alt) sucht sich auf 1. Oktober d. J. oder später zu verändern. Gefl. Angeb. unt. W. W. 63 an die Geschäftsstelle d. Bl. *870

Wir suchen für die Registratur und Expedition eine durchaus zuverlässige und **gewandte Dame** im Alter von 20—22 Jahren als Hilfskraft. Angebote mit Zeugnisabschriften, Referenzen und Gehaltsansprüchen an *880 **Bund Badischer Arbeitgeber-Verbände E. V. Mannheim, Friedrichsplatz 16.**

Perfekte Stenotypistin z. baldigen Eintritt gesucht. Bei entsprechenden Leistungen erfolgt Bezahlung nach Industrietarif. Rechtsanwälte Dreß, Eder, Mannheim, *863 D 1, 7/8 (Hansa-Haus).

Größer. Verwaltungsbüro sucht für sofort mehrere tüchtige, arbeitsame **Beamte** mit guter Schulbildung. Bewerbungen erb. unter Beifügung v. Lebenslauf und Zeugnisabschriften unter W. X. 64 an die Geschäftsstelle. *871

Tüchtige Stenotypistin und **junger Mann** mit guter Handschrift zu rechnerischen Arbeiten auf größeres Büro sofort **gesucht.** Angebote unter A. V. 195 an die Geschäftsstelle ds. Blattes erbeten. 1897

Solides *898 **Fräulein** für Verkauf u. Bedienung sofort gesucht. Näheres Konditorei-Kaffee, O 3, 8.

Tüchtige, selbständige **Taillenarbeiterin** sofort gesucht. Damenschneiderei **Sigmund,** L 2, 12. *854

Ordentliches, auch jüng. **Mädchen** zu kleinem Haushalt bei guter Behandlung und jetzigem Lohn sofort od. später gesucht. 1901 **Wäsche,** Waldparkdamm 2.

Tüchtiges **Alleinmädchen** entspr. zeitgemäß. Lohn per 1. Sept. in kleine Fam. gesucht. *894 Näher. L 10, 6, 1 Tr.

Alleinmädchen f. gut bez. Stell. z. 1. 9. gef. 2mal wöch. Aush. Rupprechtstr. 6 IV l. *834

Tüchtige **Köchin** die auch Hausarbeit mitversieht, per 1. August gesucht. Zweitmädchen vorhanden. *887 **Dir. Mosbacher,** Collinistr. 30a.

Reinliche **Monatsfrau** 2mal wöchentl. v. 8—10 vorm. gesucht. *867 Goethestr. 4, 2 Treppen.

Stellen-Gesuche

Bank-beamter, 19 Jahre, Börsenbüro hies. Bank tätig, ungekündigte Pos. sucht 1. Okt. anderw. aussichtsr. Stellung, nur Börsenbüro. Eilangeb. mit genauen Details unt. V. Q. 32 an die Geschäftsstelle dis. Bl. B9403

Kaufmann d. elektr. Branche sucht anderw. selbständ. Wirkungskreis, gute Kenntn. d. engl. Sprache vorh., außerd. Abiturientenzeugnis einer Oberrealschule. Gefl. Angebote unter W. U. 61 an die Geschäftsstelle d. Bl. *862

Verkäufe

Prachtvolle Villa 16 Zimmer, bald beziehb., in Bad Wildbad. **Hotel-Pensionat** im württembergischen Badeort, hochrentabel. **Sehr schönes Einfamilienhaus** 7 Zimmer, Bad, Küche, per bald beziehbar, sowie andere Wohn- u. Geschäftshäuser in Mannheim sofort zu verkaufen durch **Hugo Kupper** Mannheim, Kleine Merzelstr. 1 Tel. 6422. *901 Seit 1910 eingetr. Firma

Großer, schwerer **Kassenschrank** extrastark, zweitürig, 200 hoch, 125 breit, 79 tief, 40 Zentner, sofort ab Werk an schnellentschlossenen Käufer abzugeben. Festpreis 150 Millionen. Anfragen u. X. Q. 82 an die Geschäftsst. *911

Gut erhaltenes kompl. **Herrenrad** mit Freilauf u. el. Lampe zu verk. Anzus. nach 5 Uhr. **Graßel,** Luisenring 51 Stb. lks. III. St. *847

Damenräder neu, verkauft billig **Bohrmann & Co.,** B9409 Landteilstr. 4.

1 Harmonium wie neu verkauft *790 „Zum Rebstock", Waldstadt

Herrenanzug gut erh., f. starke Fig., verk. Preis 1 400 000 M. **Schröder, Neckarau,** *891 Angelstr. 28 prt.

Acker 55 Ar, ganz oder parzelliert, zu verk. Angebote unter P. O. 89 an die Geschäftsstelle. *414/589

Erstklassiges **Fehlutter** (Fehrücken) für Pelzmantel geg. Höchstgebot zu verk. Näh. in der Geschäftsst. zu erfr. *864

Gutgeh., gebr. Fahrr. **Handkarren** zu verkauf. Anzuseh. ab 4 Uhr nachm. *857 **Kinzler, Neckarau,** Fischerstr. 14.

Schlaf-Sofa zu verkaufen. **Gößlen,** Feuerbachstr. 3 pt., Mh.-Neuostheim. *878

Eismaschine Hand und Kraft, 12 L., Eiskonservator, 3 à 6 L., zu verkaufen. *895 **Buchert,** Meßplatz 7.

1 Paar neue **Damenhalbschuhe** Größe 37 preisw. abzug. *903 **Martin,** K 7, 34.

Kauf-Gesuche

National-Kassen. Höchstpreise zahlt **Roberstein, Berlin S.** Urbanstr. 28. 682

Tadelloses **Piano oder Flügel** zu kauf. gesucht. Angeb. m. Preisang. u. W. Z. 66 a. d. Geschäftsst. *878

½—3 PS. 110—220 V. Gleichstrom, gebr., kauft **Elektrohaus Klaff u. Weigand, Hanau,** Nürnbergerstr. 19. *874

Alt-Gold Silber, Quecksilber, Zinngeschirr kauft **W. Dosch,** H 1, 1 Breitestr. 1 Tr. Bau

Gut erhaltenes **Knabenrad** zu kaufen gesucht. *850 **Stegner,** Uhlandstr. 12.

Nationalkassen Nummerangabe erbeten. Abnahme ab Standort. Kauft 6314 **Franz Franken Hamburg** Bäckerbreitergang 28.

Gasherd neu od. gebr., zu kaufen ges. **Weil,** Hafenstr. 16. Tel. 6218. *888

Mehrere B9394 **Telephon-Anschlüsse** gegen Abfindung zu kauf. gesucht. Ang. u. T. Q. 82 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Kaufe Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, Flaschen, Papier **Fassler,** S 2, 12. Tel. 8936.

Zahngebisse Alt-Gold. Silber kauft B9406 **Mantel,** O 5, 2.

Quecksilber jede Menge, kauft laufd. **Moritz Bieslich,** *875 Schmiedefeld, Kr. Schleusingen.

Briefmarken kleinere Sammlung, auch gute Einzelstücke, preisw. zu kaufen gesucht. *849 **Q 4, 2,** III. Anzutreffen abds. 7-9 Uhr.

Miet-Gesuche.

Geb. jg. Mann (Kaufmann) sucht per sofort **möbl. Zimmer** ev. mit Pension. (Bahnhofsgegend bevorzugt.) Angeb. unt. X. G. 73 a. d. Geschäftsst. B9413

Kfl. Bürofräulein sucht **leeres Zimmer** evtl. Mans. gegen zeitgemäße Bezahlg. B9402. Angeb. unt. V. P. 22 an die Geschäftsstelle.

Wohnung von 4—5 Räumen mit Zubehör in frei. Lage von kleiner Familie gegen zeitgemäße Miete gesucht. Dringlichkeitskarte vorhand. Angebote unter W. V. 62 an die Geschäftsstelle.

Gut situiertes Ehepaar sucht p. sofort, spätestens Anfang September **2 Zimmer u. Küche.** Ang. unt. X. C. 69 an die Geschäftsst. B9412

Gut möbliertes Zimmer in gutem Hause von jüngerem Kaufmann gegen zeitgemäße Bezahlung möglichst **sofort gesucht.** Gefl. Angeb. unt. A. S. 102 an die Geschäftsstelle.

Wir suchen für unseren Bürochef kinderlos verheiratet, per sofort **2 gut möblierte Zimmer** (ohne Kochgelegenheit) in nur gutem Hause, gegen zeitgemäße Miete. Wäsche wird gestellt. Bedienung nicht erforderlich. Dringend erwünscht Klavierbenutzung. *881 Eilangebote an: **Verband der Metallindustriellen Mannheim, Friedrichsplatz 16.**

Junges kinderloses Ehepaar (Ausländer) sucht für ein. Monate freundlich möblierte **2 Zimmer-Wohnung** bei zeitgemäßer Bezahlung. Eigene Betten vorhanden. Kücheneinrichtung erwünscht, aber nicht Bedingung. Angenehme Wohnung, auch außerhalb. Gefl. Angebote unter X. an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Bureau-Räumlichkeiten möglichst **2—3 Zimmer** mit Telephon-Anschluss sofort zu erwerben gesucht. Angebote unter A. W. 196 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

MARCHIVUM